

# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

132



11. Januar 1980

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss - ~~Landessonderhilfsausschuss~~  
- Boye - D./K.

Herrn  
Johannes Boye  
in Z arpen P.O.S.

in glass

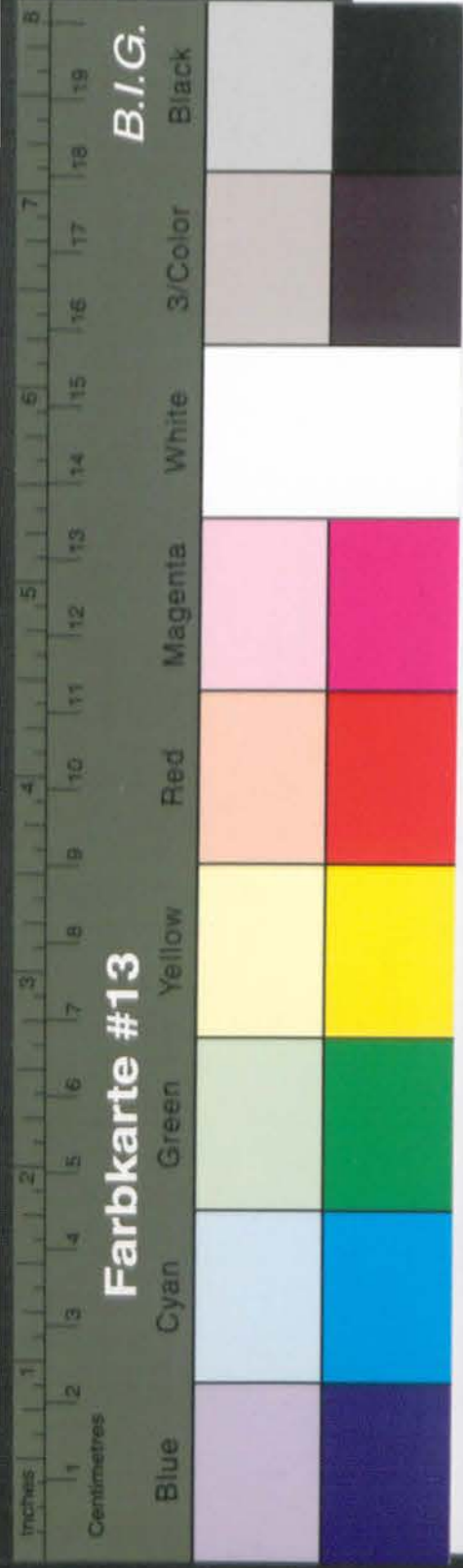
In Ihrer wiedergutmachungssache ersuchen Sie anliegend die erforderlichen  
Formulare mit der Bitte um Rückreichung nach Beantwortung der gestellten  
Fragen und Beglaubigung Ihrer Unterschriften durch die Amtsverwaltung.

Im auftrage:

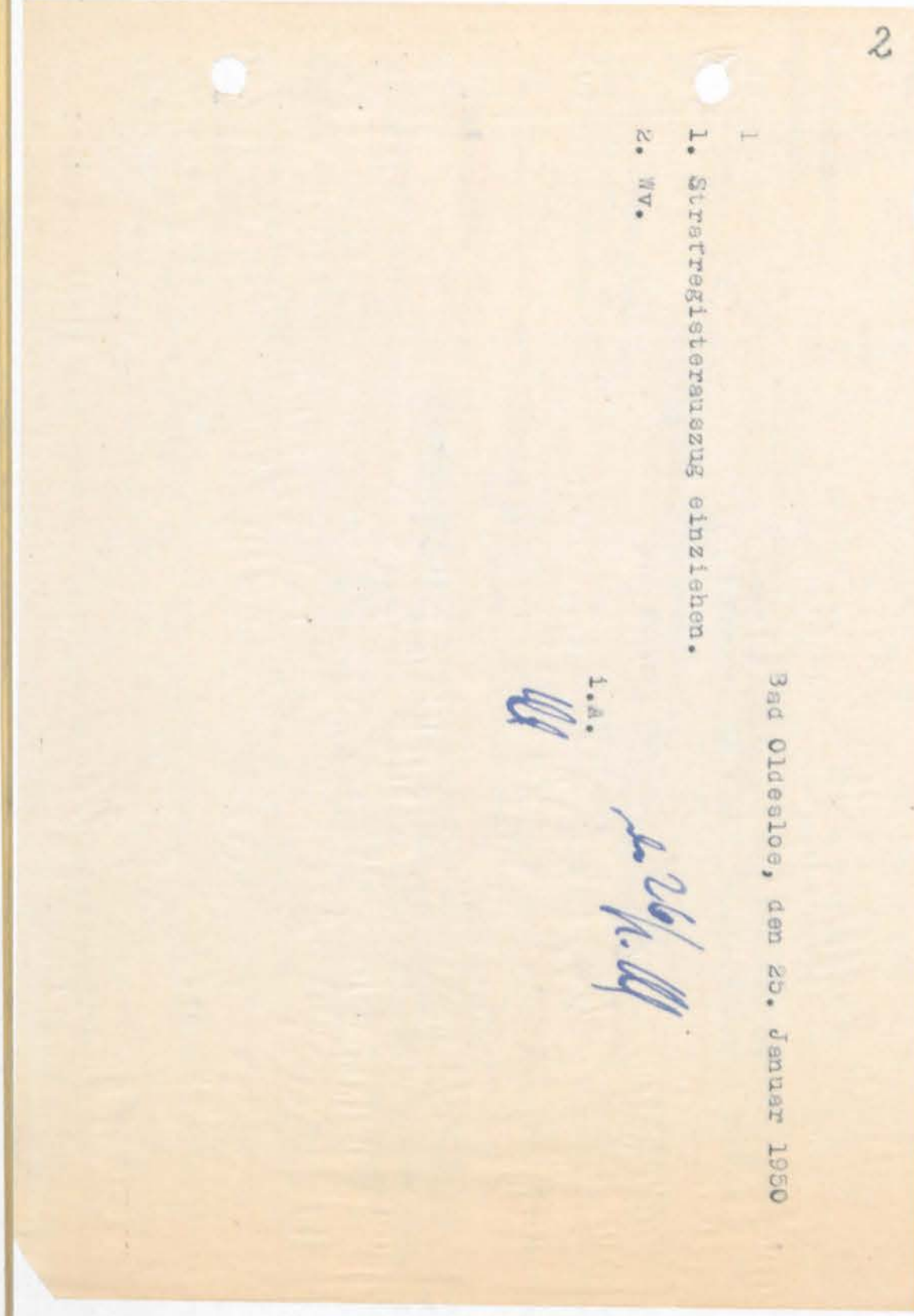
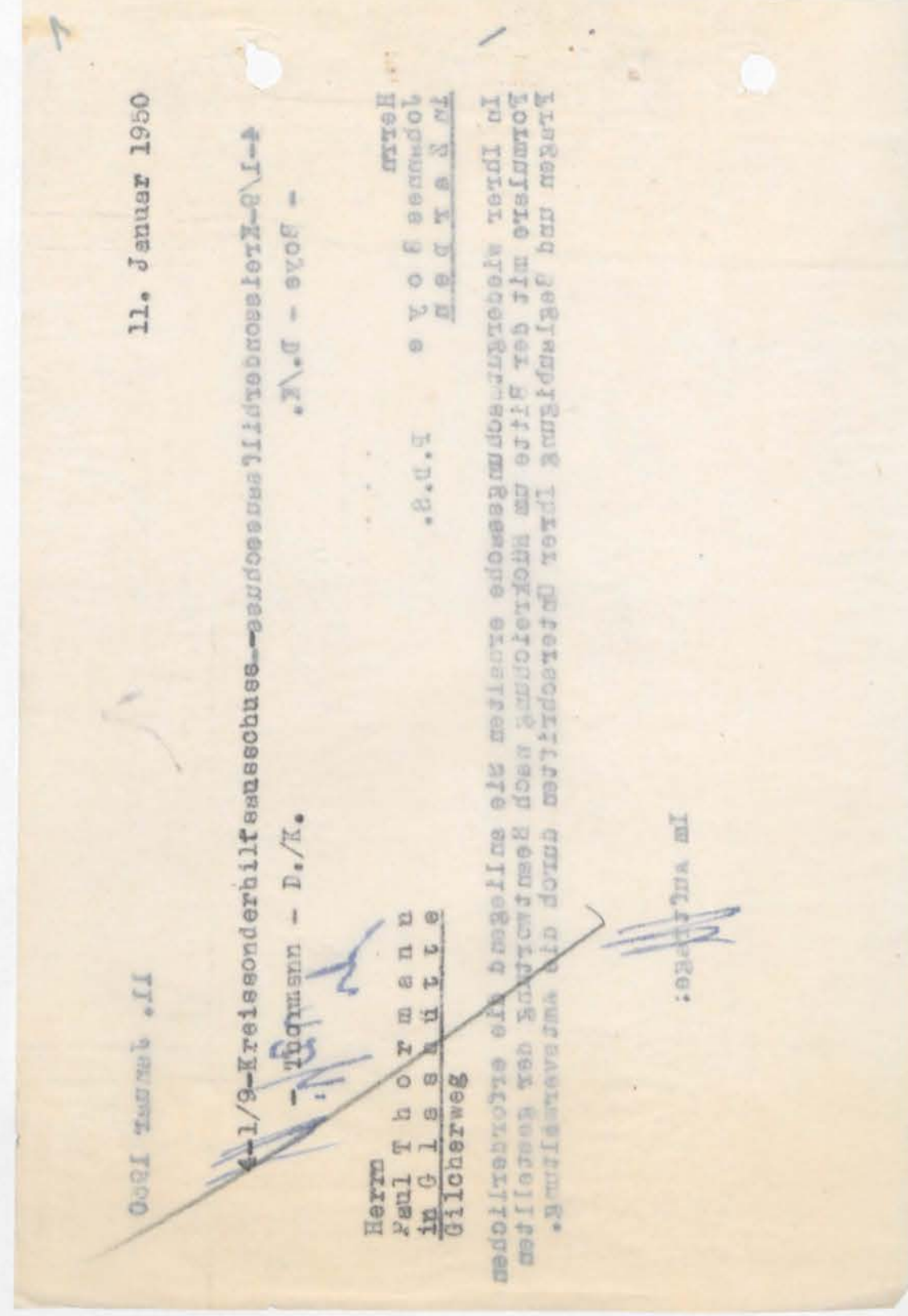
Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2





3

P r o t o k o l l

der 58. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-  
schusses Stormarn am 16. Februar 1950.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Pietsch,
4. Herr Dabelstein,

Vorsitzender  
Beisitzer  
stellv. Beisitzer  
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Johannes B o y e in Zarpfen auf Anerkennung als ehem.  
polit. Verfolgten.

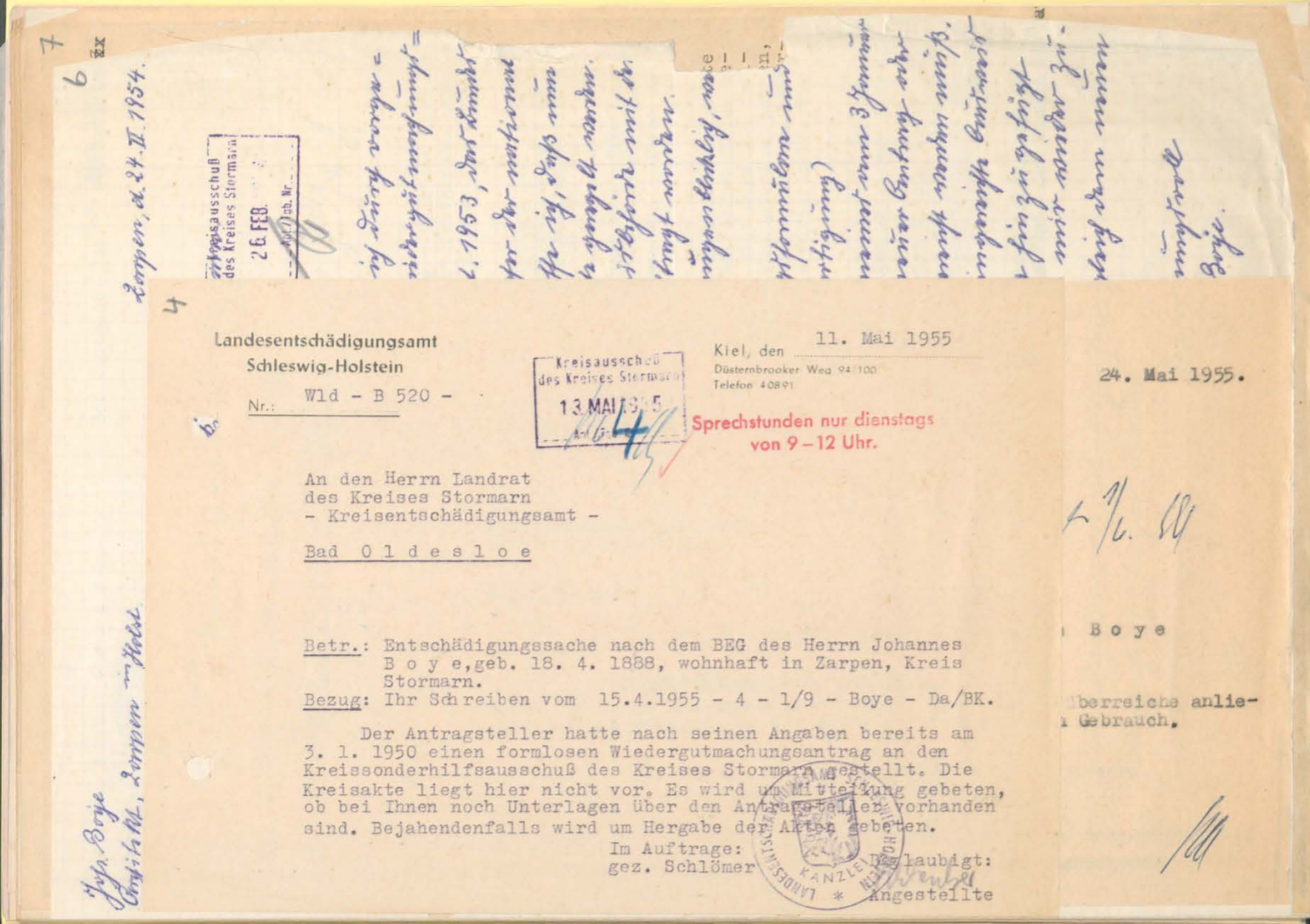
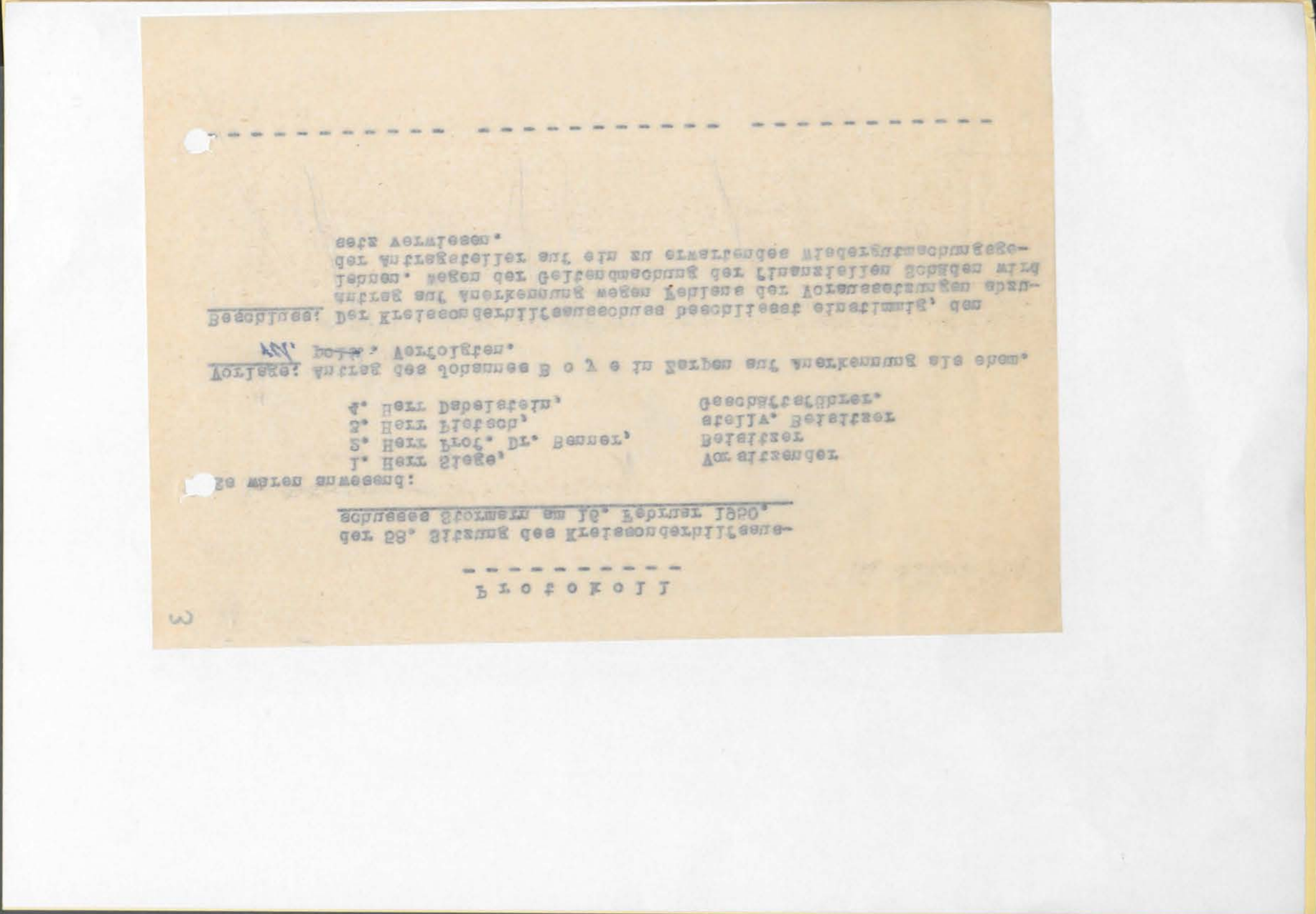
Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag auf Anerkennung wegen Fehlens der Voraussetzungen abzulehnen. Wegen der Geltendmachung der finanziellen Schäden wird der Antragsteller auf ein zu erwartendes Wiedergutmachungsge-setz verwiesen.

Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2







Joh. Boye  
Christl. M., Zarpfen im Holst.

5

Kreisarchiv  
des Kreises Stormarn  
26. FEB.  
1954

Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 Boye - D./-

An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein,

K i e l .

In der Wiedergutmachungssache Johannes B o y e  
in Zarpfen

- Aktenzeichen: Wld - B 520 -

nehme ich Bezug auf den Erlass vom 11. ds. Mts. und überreiche anliegend meine Handakten mit der Bitte um Rückgabe nach Gebrauch.

Im Auftrage:

24. Mai 1955.

1/6. 11

ruhe zu gehen, damit ich zu der gleich dem neuen  
Entung für zu für von Mann.

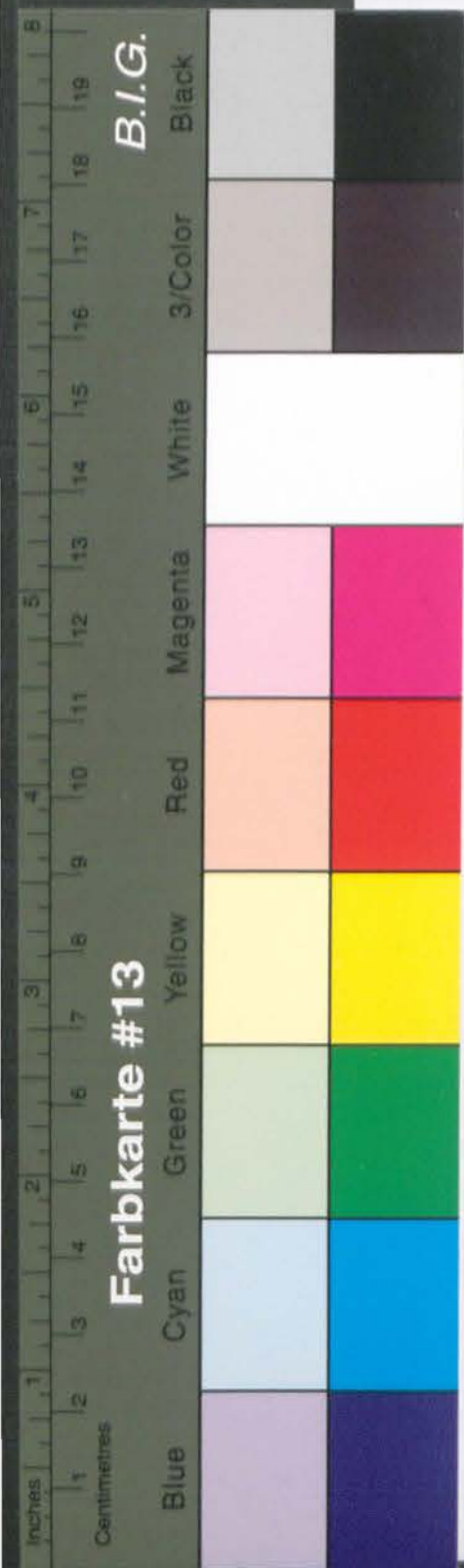
Gegengestroll  
Joh. Boye.

in der Sache =  
Wiedergutmachung =  
1953, das Kind  
der Mutter  
hoffe ich, daß man  
es geregelt werden.  
ist für die mit der  
sticht werden.  
möglich, was  
reformieren und  
fertig  
man ist am 3. Januar  
war Entung der  
man ist man  
man ist man  
ich für zu gefügt  
man wieder zu

Zarpfen, d. 24. II. 1954.

7  
6  
EX





# Kreisarchiv Stormarn B2

2/5

an monatlich 124,- DM zu zahlen sind.  
Die bisher gezahlten Beträge sind hierauf anzurechnen.  
Bei der Auszahlung des Pflegegeldes bitte ich jedoch nochmals  
die Einkommensverhältnisse zu überprüfen.  
In Auftrage des Landrates:

Josef Boye  
Ortschaft, Lörpen - Holst.

Lörpen, d. 24. II. 1954.

Am Lin Verwaltung der Kreist Stormarn

Vorschaub  
des Kreises Stormarn  
26. FEB.  
Abt./Tab. Nr.

Abt. 4. - 1/9 - Kreisfördergeld fünf.  
J. 2. - Boye - L.K. vom 18. II. 1950.

Auf meinem sonnigen Grundstück wurde ich durch vorga-  
nommen Kfz-Fahrer auf der zu erwartende Minderungsmaßnahme  
gefragt. Der nun seit dem 18. Sept. 1953, der Kreist  
angeordnet wurde zur Fortführung der für die der national  
sozialistischen Marktgeldung, verbleibt ist, dass ich, dass ich  
nach der mein Fortführungsmaßnahme geregelt werden.  
Dies ist zu prüfen, ist nun jetzt wieder der Kreist für die mit der  
Fortführungsmaßnahme der voll. Ortsrats beauftragt worden.

Daher meine Bitte und meine Angelegenheit, von  
guten Gefühlen ist.

- a) die Zustellung der erforderlichen Ortsratsformulare und  
sonstigen Unterlagen, (in 2-facher Ausführung)
- b) die Mitteilung, ob in Ortsrat mein am 3. Januar  
1950 eingereichte Schreiben ein neuer Ortsrat oder  
mit ein Fortführungsmaßnahme eingereicht werden muß.
- c) und ob, der für die Zeit von mir eingereichte Ortsrat  
mit Fortführungsmaßnahme, doch dem Ortsrat für zu gering  
wird, oder ob es nicht besser wäre ihn mir wieder zu-  
rück zu geben, damit ich ihn für gleich dem neuen  
Ortsrat für zu gering kann.

Friedlichst  
Josef Boye.

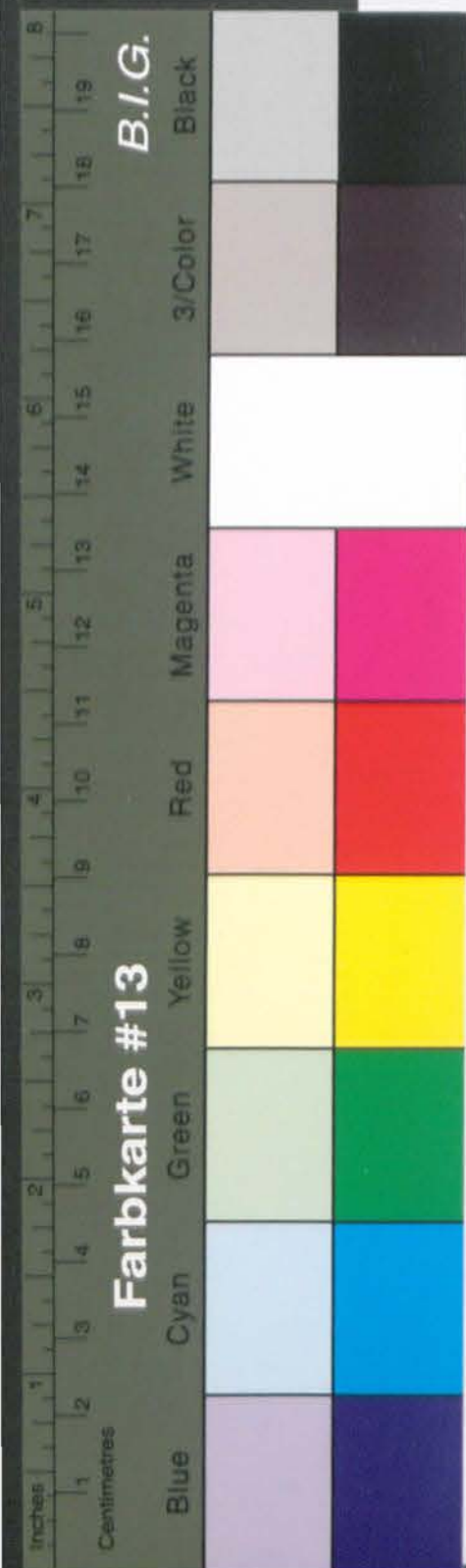




Im Auftrage:

Wetland





# Kreisarchiv Stormarn B2

Bd. 14.4.01 L 14/11. 11  
11 Mollatsh. von Zarpn einz.

24-

11

8 2

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
Nicht Zutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:  
(Eingangsstempel)

mit ..... Anlagen

Nr. ....

Empfangsbestätigung erteilt am .....

## Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)  
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

### I. Anspruchsberechtigte(r)

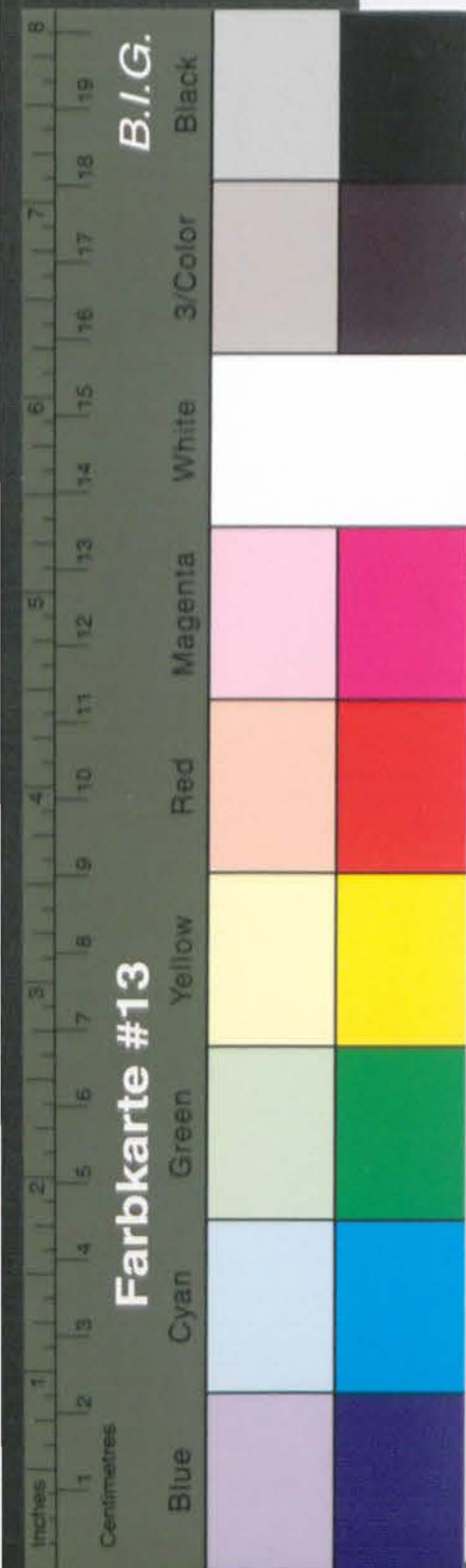
1. Name: B o y e  
Vorname: Johannes Heinrich  
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): Kisdorferwohld Kreis Segeberg  
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Zarpen, Kreis Stormarn  
Familienstand: verh. / verh. / verh.  
Anzahl der Kinder: - Alter der Kinder: -  
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: deutsch  
2. Beruf: Bautechniker  
Jetzige berufliche Tätigkeit: Architekt  
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? Ja ja / nein  
Wenn ja: Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?  
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? Nein nein  
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: .....

### II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: .....  
Vorname: .....  
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): .....  
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): .....  
gestorben am: .....  
in (Kreis, Land): .....  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: .....  
Staatsangehörigkeit: frühere: ..... letzte: .....  
2. Beruf: .....  
Erlerner Beruf: .....  
Letzte berufliche Tätigkeit: .....  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung? .....





# Kreisarchiv Stormarn B2

— 2 —

## III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	<del>ja</del> / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	<del>ja</del> / nein <b>keiner</b>	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	<del>ja</del> / nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	<del>ja</del> / nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:	<b>Zarpen</b> <b>Kreis Stormarn</b> <b>in Holstein</b>	
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	ja / nein	ja / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen:		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?		ja / nein

— 3 —

## IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:	ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	ja / nein ja / nein ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
insgesamt = _____ volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24) a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: d) durch sonstige schwere Schädigung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55) a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	ja / nein
V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen	
1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?	ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
<b>Kreissonderhilfsausschuß</b>	<b>3. I. 1950</b>	<b>Abt. 4 - 1/9 Boye</b>

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? **ja / nein**  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? **Es wurde auf das Wiedergutmachungsgesetz verwiesen.**

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? **ja / nein**

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
<b>Keine</b>				

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? **ja / nein**

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:



# Kreisarchiv Stormarn B2

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

## VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

~~ein vom Amtsvorsteher bestätigter Tatsachenbericht~~

wurden bereits an ~~Kreisanderhilfsausschuß des Kreises Stormarn~~ oder  
(Behörde)

(Gericht) (Aktenzeichen)

zu ~~dem hier gestellten Antrag~~ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

~~Zarpen~~, den ~~1. April 1954~~  
(Ort) (Datum)

Dem Antrag sind ~~7~~ Anlagen beigelegt, und zwar:

- |                                    |        |
|------------------------------------|--------|
| 1. 1 Schriftsatz                   | 2 fach |
| 2. 2 Bestätigungsschreiben         |        |
| 3. 1 Dienstverpflichtungsschreiben |        |
| 4. 1 eidesstattliche Erklärung     | 1 fach |
| 5. 1 Bescheinigung vom Meldeamt    |        |
| 6. 1 Polizeiliche Verfügung        |        |
| 7.                                 |        |
| 8.                                 |        |
| 9.                                 |        |
| 10.                                |        |

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35

10

Johs. Boye, Zarpen i./Holst.  
Kreis Stormarn  
(Post über Lübeck)

Zarpen, den 1. April 1954

An die

Kreisverwaltung Stormarn,  
Abt. Kreissonderhilfsausschuß,

~~Bad Oldesloe~~

Am 3. Januar 1950 stellte ich bei Kreisverwaltung Stormarn, Abt. Kreissonderhilfsausschuß, Bad Oldesloe, einen formlosen Antrag auf Wiedergutmachung.

Auf meine nunmehr in dieser Angelegenheit beim Kreissonderhilfsausschuß gestellte Anfrage werde ich dahin unterrichtet, dass die bisher in dieser Angelegenheit erwachsenen Vorgänge dem von mir eingereichten Antrage beigelegt werden und ich dieserhalb darauf Bezug nehmen könne.

Irgendwelche Unterstützung oder sonstige Bezüge habe ich nicht erhalten.

Anbetracht meines hohen Alters, (66 Jahre) der mir fehlenden Altersversicherung und meiner wirklich schlechten wirtschaftlichen Lage, die noch unter einer Arbeitslosen- bzw. Wohlfahrtsunterstützungsberechtigten liegt, bitte ich um besonders dringliche Bearbeitung meines Antrages.

Hochachtungsvoll

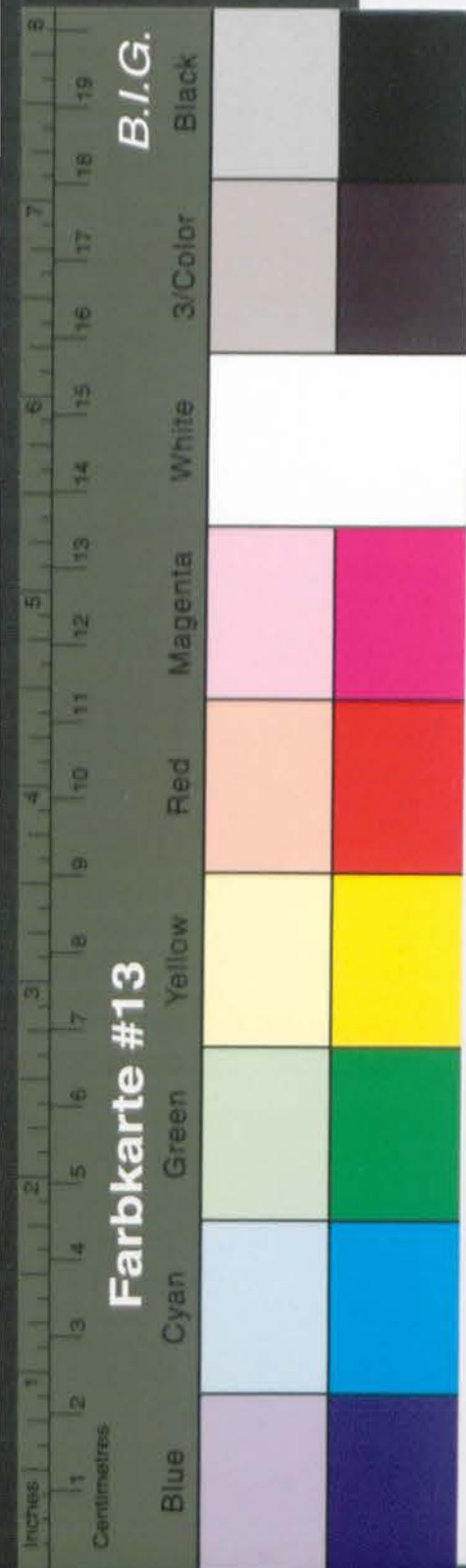
*Johann Heinrich Boye*

Dem Antrag sind beigelegt:

- |                                    |          |
|------------------------------------|----------|
| 1. 1 Schriftsatz (7 Blatt)         | zweifach |
| 2. 2 Bestätigungsschreiben         |          |
| 3. 1 Dienstverpflichtungsschreiben | einfach  |
| 4. 1 eidesstattliche Erklärung     |          |
| 5. 1 Bescheinigung vom Meldeamt    |          |
| 6. 1 Polizeiliche Verfügung        |          |

7 Anlagen





# Kreisarchiv Stormarn B2

Johs. Boye, Zarpn i/Holst.  
Kreis Stormarn,  
(Post über Lübeck.)

Johs. Boye, Zarpn i/Holst.  
Kreis Stormarn,  
(Post über Lübeck.)

## Angaben zur Person und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen

zur Person Nachdem ich das Zimmerhandwerk erlernt, die Fachschule absolviert, im Architekturbüro als Techniker und später Bauleiter tätig war, gründete ich mir 1913 in Zarpn ein Baugeschäft, dem ich später ein Büro für Architektur und Bauleitung angliederte. Die zeitweilige Höchstzahl an Beschäftigten erreichte ich mit 40 Mann und 1 Techniker. Seit 1924 bin ich Bibelforscher. 1927 gab ich den Gewerbebetrieb auf, um mich von nun an nur noch als freier Architekt zu betätigen. Die Beschäftigung war nach ländlichen Verhältnissen gut.

Berufslage: Dagegen ist meine heutige Berufslage gänzlich unbefriedigend. Trotz aller Bemühungen ist es mir nicht gelungen auch nur einigermaßen Aufträge hereinzubekommen. Die völlige berufliche Ausschaltung während der Verfolgungszeit, die eigentlich die beste Zeit meines Wirkens und Lebens gewesen sein sollte, läßt sich nicht wieder ersetzen. Von 1933 bis 1954 sind eben rund zwanzig Jahre in denen die Reihen meiner alten Kunden, Freunde und Bekannten zu stark gelichtet wurden. Die diesen nachfolgende Jugend, die zu einem erheblichem Teil unter dem Einfluß damaliger Propaganda heranwuchs und heute die besitzende Klasse darstellt, verhält sich mir gegenüber abwartend und erkennt einen vorläufig nur noch als alten Mann an. In der Tat werde ich auch am 18.4.54 bereits 66 Jahre alt.

Wirtschaftl. Verhältnisse: Aus der beigelegten Schadenberechnung läßt sich leicht entnehmen, daß mir die Wiederaufnahme meines Berufes von 1945 bis 31.7.1946 insgesamt nur 947,- RM einbrachte, umgerechnet sind es DM 49,80 monatlich.

Vom 1. Januar 1947 bis 31. Dez. 1953 erreichte ich durch meine berufliche Betätigung monatlich DM 56,25, dazu habe ich nach Abzug der Unkosten noch eine monatliche Mieteinnahme von DM 36,--





# Kreisarchiv Stormarn B2

Es mag hier dringlich sein die bestimmt auftauchende Frage zu beantworten mit welchen Mitteln ~~ich~~ in der über 12 Jahre beruflich ausgeschalteten Zeit ich meinen Lebensunterhalt bestritten habe.

Als ich im Jahre 1936 nicht weiter konnte und sich zum Teil schon Schulden ansammelten, entschloß ich mich meinen eigentlich wertvollsten Besitz, (Landhaus mit etwa 12 Morgen Acker) zu verkaufen. Der Erwerber dieses Besitzes wurde Herr Otto Wendelborn, Verkaufspreis RM 20.000,--. Mit dieser Summe und den unter Pos. 2 des Erwerbsnachweises verdienten RM 2.160,-- bestritt ich meinen Unterhalt.

## Boykott bzw. Ausschaltung:

1. Mit der Machtergreifung Hitlers setzte auch ein allmähliches Nachlassen an Aufträgen ein. In einigen Fällen wurden zuvor übertragene Aufträge zurückgenommen. Bald bestätigte es sich, daß nationalsozialistische Gliederungen zum Boykott gegen Bibelforscher aufgefordert hatten. Trotzdem konnte ich noch vom 1. Januar 1933 bis 1. Oktober 1934 eine monatliche durchschnittliche Ertragsleistung von rd. RM 260,-- erreichen. Der schwerste und zugleich unüberwindlichste Schlag in meiner beruflichen Tätigkeit erreichte mich aber erst am 1. Okt. 1934 mit dem Inkrafttreten der ersten Anordnung des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste betr. Schutz des Berufes der Architekten vom 28. Sept. 1934.

Durch die Fachzeitschrift hatte ich lange vorher den eigentlichen politischen Zweck dieser Anordnung als Instrument der Partei erkannt. Ebenso lange vorher hatte ich mich angesichts der heranziehenden drohenden Gefahr völliger Ausschaltung aus dem Berufsleben geprüft ob und wie weit ich es mit meinem Gewissen und meinen Glaubensgründen vereinbaren könnte mitzumachen. Nach ziemlich harter Aussprache mit dem damaligen Baurat Block mußte ich mich für immer mit einem Nein abfinden.

2. Von mir nach dem 1. Oktober 1934 zur Erlangung der Baugenehmigung eingereichte Entwürfe wurden baupolizeilich nicht mehr bearbeitet, ebenso blieben schriftliche und telegr. Anfragen in Bauangelegenheiten unbeantwortet.

Angesichts dieser aussichtslosen Lage mußte ich von nun an alle mir noch erteilten Aufträge absagen und hatte damit das Ende meiner beruflichen Tätigkeit erreicht.





# Kreisarchiv Stormarn B2

13

- 3 -

Eine in den Jahren 1935 und 1936 von der Baubehörde bei mir vorgenommene Überprüfung auf weitere geheime Berufsbetätigung verlief erfolglos.

## Verfolgungsgang durch Polizei und Partei

3 Obwohl mir seit meiner Betätigung als Bibelforscher von 1924 bis 1933 in meinem Beruf niemals Schwierigkeiten noch Anwürfe gemacht wurden, änderte sich die Lage schlagartig vom 23.6. 1933, dem Tage des Verbots der Internationalen Bibelforscher Vereinigung durch die Hitler-Regierung. Von diesem Tage an waren Haussuchungen und Verhöre bei Tag und bei Nacht üblich. Daß auch meine Frau, die auch der Bibelforscherbewegung angehört, gleichen Unannehmlichkeiten ausgesetzt war, sei nebenbei erwähnt. Nur besonders glücklichen Umständen habe ich es zu verdanken, daß ich nicht wie viele Tausende andere gleichgesinnten Glaubens der Freiheit beraubt wurde.

Hier folgen nun einige Tatsachenberichte wie sie sich nacheinander in ähnlicher Weise immer wiederholten.

4 Gleich bei der ersten Haussuchung, die von dem damaligen in Zerppe stationierten Polizeibeamten Krüger in Begleitung von zwei mit Karabinern ausgerüsteten SA bzw. SS Leuten stattfand, wurde ein erheblicher Teil meiner Bücher und Schriften beschlagnahmt mit Handwagen abgefahren und später verbrannt.

5 Dieser Polizeibeamte Krüger hat sich später noch oft des Abends bemüht meine Wohnung nach angeblichem Besuch von Bibelforschern zu überprüfen. Auf meine Frage, welche Veranlassung ihm hierzu gegeben sei, wurde stets von ihm geantwortet: "Auf allerhöchsten Befehl stehe ich unter Polizeiaufsicht."

6 Spätere, stets in ungewissen Zeitabständen sich wiederholende Haussuchungen und Verhöre wurden in der Regel des Abends spät, in der Nacht oder morgens früh in der Dunkelheit von 4 Polizeibeamten, teilweise in Begleitung des Ortsgruppenleiters Köhn vorgenommen.

7 Wegen Nichtbeteiligung an der Wahl wurde ich einmal einige Tage nach derselben auf nicht gerade angenehme Art von 4 Kriminalbeamten ins Amtszimmer des damaligen Amtsvorstehers Haumann geführt und dort eingehend über mein Verhalten zur Politik, meiner Glaubensansichten sowie wegen angeblich schuldig gemachter Wahlsabotage vernommen, wegen der damals kurz vorher erlassenen Amnestie betr. sogenannter Wahlvergehen, aber auf freiem Fuß gelassen.





# Kreisarchiv Stormarn B2

14

- 4 -

8. Ein anderes Mal wurden mir wegen Nichtbeteiligung an der Wahl des Nachts die Fensterscheiben eingeworfen Tore und Belag der Fußwege in roter Farbe mit der Inschrift "Verräter" bemalt, und wie anliegende polizeiliche Verfügung beweist, wurde ich auch noch gezwungen die Beschriftung wieder zu beseitigen. 39 Stück Wurfgeschosse, darunter fastgroße Steine, die ich des morgens aufgelesen hatte, waren zu diesem Zwecke eingesetzt worden. Auch in diesem Falle bemühte sich der Polizeibeamte Krüger ganz energisch mich zu veranlassen, Schutzhaft in Anspruch zu nehmen, was ich aber ablehnte.

9. Als dann im Jahre 1942 der frühere Ortsgruppenleiter Kühn, der zugleich Bürgermeister und kommissarischer Amtsvorsteher war, mir offen bekannte, daß meine Freiheit jetzt beendet würde, kam ich ihm zuvor und meldete mich und meine Frau nach Sülsdorf i/Mecklbg ab. Dort fand ich Aufnahme bei meinem Schwager dem Bauern Wiencke, demgegenüber ich freiwillig zur Mitarbeit in den Sommermonaten bei der Erntearbeit anbot. Vom 1. Janur. 1945 wurde ich dann noch von dem Arbeitsamt Schönberg als Landarbeiter bei ihm voll dienstverpflichtet.

Meine Frau kehrte in demselben Sommer nach Zarpen zurück. Dagegen meldete ich mich erst 1945 im Mai wieder in Zarpen an. Da ich somit bei meinem Schwager als Landarbeiter gemeldet, meine Mitarbeit aber auf die Sommermonate beschränkt war, hielt ich mich die übrige Zeit bei meiner Frau heimlich in Zarpen auf. Die in dieser Zeit benötigten Lebensmittelkarten wurden mir brieflich zugesandt.

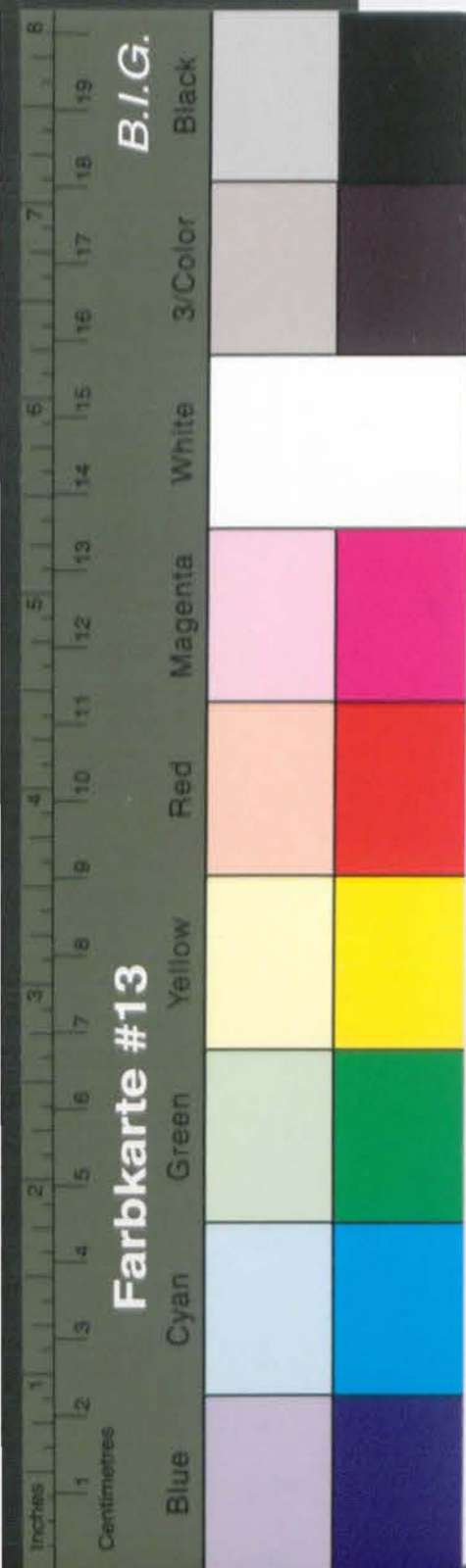
Es mag hier noch erwähnt sein, daß der frühere Ortsgruppenleiter Kühn es noch fertig brachte von dem Ortsgruppenleiter in Sülsdorf Maßregelung gegen mich zu verlangen. Glücklicherweise war aber jener Ortsgruppenleiter ein Freund und Fernverwandter meines Schwagers, sodaß er um dieser Freundschaftswillen von sich aus nichts gegen mich unternahm.

Soweit einige Angaben über Handlungen von Polizei- und Parteiorganen.

Als Zeugen zum Beweise der Richtigkeit meiner Angaben benenne ich:

1. Carl Haumann, früherer Amtsvorsteher in Zarpen,
2. Hermann Klein, Postagent in Zarpen.





# Kreisarchiv Stormarn B2

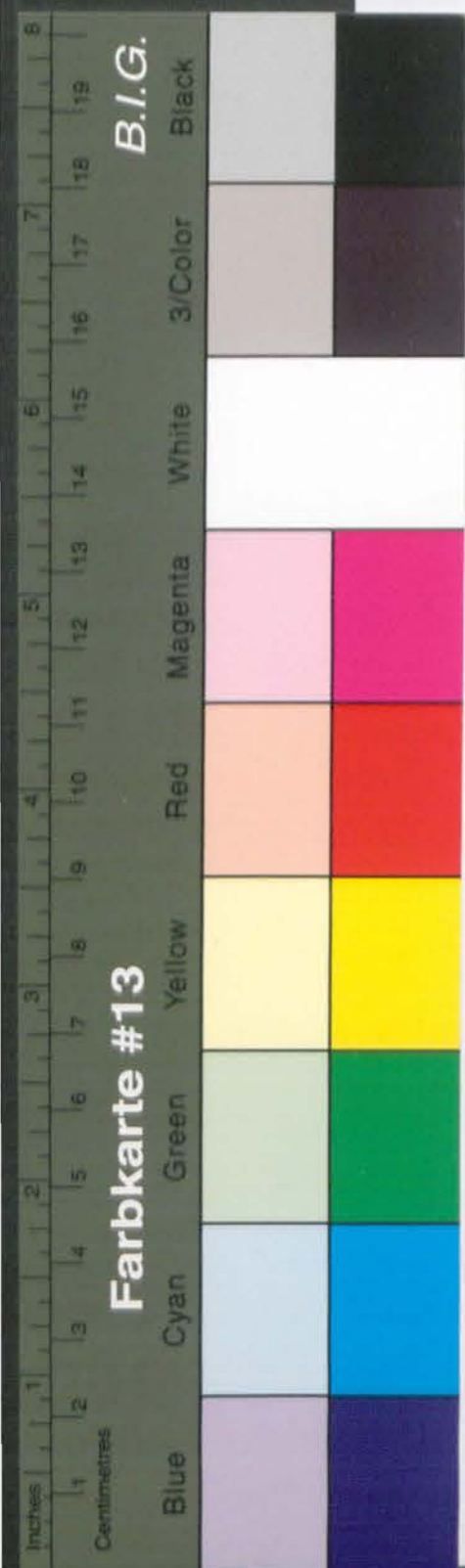
15

- 5 -

## Nachweis des Erwerbs aus beruflicher und anderer Arbeitstätigkeit.

		beruflich	anderweitig
Pos.1	vom 1.1.33 bis 30.9.34		
	= 21 Monate laut spezifizierter Aufstellung (724,7)	5.452,--	
	$\frac{5452}{21}$ = monatlich rd. M 260,--		
Pos. 2	Die Zeit der vollständigen Ausschaltung		
	v.1.10.1934.....	----	
	1935.....	----	
	1936.....	----	
	1937.....	----	
	1938.....	----	
	1939.....	----	
	1940.....	----	
	1941.....	----	
	1942 (5 Mt. freiw.landw. Arbeit).....	----	600,--
	1943 (5 " " " " ).....	----	600,--
	1944 (5 " " " " ).....	----	600,--
	1945 (3 Mt. dienstverpfl.als Lendarbeiter	----	360,--
	$\frac{2160}{18}$ = monatlich rd. M 120,--		2.160,--
Pos.2a	Vom 1.6.45 bis 31.12.46		
	= 19 Monate nach Wiederaufnahme meiner beruflichen Tätigkeit.....	947,25	5 947,2
	$\frac{947,25}{19}$ = monatlich rd. M 49,80		
Pos.3	Die Zeit vom 1.Januar 1947 bis Dezember 1953		
	1947.....	637,20	
	1948.....	----	
	1949.....	655,12	
	1950.....	1.162,60	
	1951.....	322,79	
	1952.....	767,47	
	1953.....	1.179,86	
	7 Jahre = 84 Monate =		4.725,--
	$\frac{4725}{84}$ = monatl.rd. M 56,25		





# Kreisarchiv Stormarn B2

16

- 6 -

## Errechnung der Entschädigung

Pos.4 Als Kapitalentschädigung nach § 31, 1 (BEG) wären mindestens zweidrittel des in Pos. 1 errechneten Monateinkommens der Jahre 1933 und 1934

$$= \frac{260 \cdot 2}{3} = \underline{\underline{\text{DM } 173,30}} \text{ als Entschädigung zu rechnen.}$$

Pos.5 Die Zeitdauer der Verdrängung aus meiner beruflichen Tätigkeit (wie auch in Pos. 2 ersichtlich, wäre mindestens vom 1. Oktober 1934 bis zum 1. Januar 1947 zu rechnen, also insgesamt 12 Jahre und drei Monate = 147 Monate.

Pos.6 Daraus errechnet sich der Entschädigungsbetrag wie folgt:

2/3 des Monateinkommens x Zeitdauer - anderweitige Verwertung der Arbeitskraft

Pos.4) 173,30 x 147 (Pos.5.) = 25.475,10 DM

Hievon ab nach § 31, 2 (BEG) jener Arbeitserwerb der zusammen mit den Versorgungsbezügen die Dienstbezüge übersteigt. Dies trifft nach Pos. 2 zu für 18 Monate und zwar

173,30 + 120,- Landarbeiter Lohn = 293,30  
- monatlicher Dienstbezug = 260,--  
bleiben 33,30

33,30 x Zeitdauer = 33,30 x 18 = 599,40  
bleiben 24.875,70

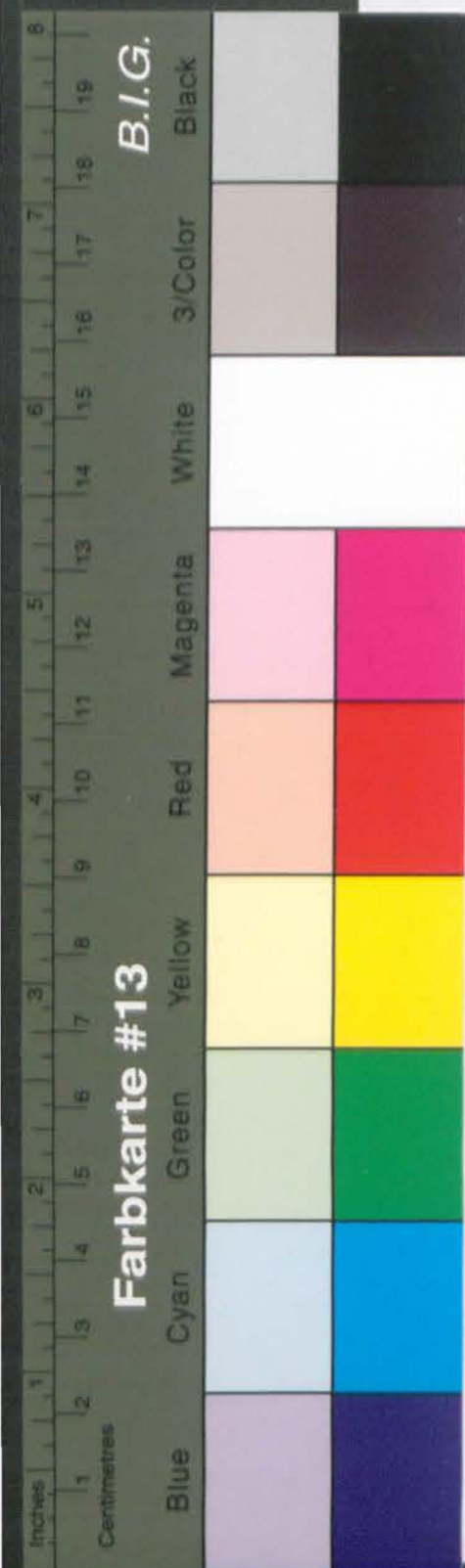
Somit errechneter Entschädigungsbetrag = DM 24.875,70

Meine unzureichende wirtschaftliche Lebensgrundlage sowie eine bei mir fehlende Altersversicherung zwingen mich, um eine besonders dringliche Behandlung meines Antrages zu bitten. Hinzu kommen die besonders erschwerenden Bedingungen beim Wiederaufbau meiner beruflichen Tätigkeit.

Ich bitte dahingehend zu entscheiden, daß ich nach der rechtskräftig festgestellten Kapitalentschädigung bis zum zulässigen Höchstbetrag sofort befriedigt werde.

Damit würde sich dann auch ein Antrag auf Gewährung eines Existenzaufbaudarlehens erübrigen.





# Kreisarchiv Stormarn B2

Spezifikation zu Pos. 1 des Erwerbsnachweises in der Zeit vom  
1.1. 1933 bis 1. Okt. 1934

a In dieser Zeit wurden von mir als Sachverständiger folgende  
Brandschadensberechnungen bearbeitet:

1. Jan. 1933	Friedrich Thieler, Strukdorf,	Gebühr =	151,-- RM
20. " "	Hans Rieck, Zarpen,	" =	317,--
31. " "	W. Schwartz, Heilshoop,	" =	128,--
6. Febr. "	Grube, Rehhorst für Paulmann,	" =	75,--
9. März "	Fritz Reimers, Reinsbek,	" =	417,--
28. April "	W. Kempcke, Heilshoop,	" =	119,20
11. Mai "	H. Ravens, Gr. Wesenberg,	" =	297,00
30. Aug. "	Anton Meyer, Willendorf,	" =	20,--
1. Okt. "	Biss, Eilsdorf für Westphal,	" =	31,--
insgesamt.....			1.555,20 RM

Auf Wunsch bestätigen wir, daß die uns vorgelegten Originalakten  
sowohl zeitlich wie auch gebührenmäßig mit vorhergehender Aufstellung  
übereinstimmen.

Bescheinigt gem. vorgelegter Unterlagen:

Gebührenfrei  
F. Wiedergutmachung.



b an Architektur und Bauleitungen wurden bearbeitet:

	Gebühr
verschiedene Projekte, Westphal, Wulfsfelde	408,--
" " Frobois, Westerrade,	169,--
" " Paulmann, Zarpen,	213,--
Neubauten, H. Reick, Zarpen,	412,--
" Redicker, Reinsbek,	1.029,--
" Ravens, Gr. Wesenberg,	250,--
" Sonnsmann, Eckhorst,	260,--
" Hartig, Eckhorst,	260,--
" Schwartz, Heilshoop,	245,--
" Kempcke, Heilshoop,	56,80
Anbau, Dechert, Zarpen,	28,--
" W. Steen, Zarpen,	160,--
Bruchbau, Ziems, Zarpen,	125,--
" Evers, Föhlis,	31,--
Aufstockung, Wolgast, Zarpen,	180,--
" Westphal, Wulfsfelde,	74,20
insgesamt	3.897,-- RM

Von den unter b aufgeführten Arbeiten sind leider keine zusammen-  
hängenden Akten mehr vorhanden, sodaß ich unter Zuhilfenahme von  
noch vorhandenen Aufzeichnungen diese Aufstellung gemacht habe.

Bei den sich oft wiederholenden Haussuchungen und der mehr  
als vierwöchigen Beschlagnahme meines Hauses durch noch kriegsführende  
Militärs ist manches verloren gegangen. Auch sind in dieser Auf-  
stellung noch jene verfertigten Arbeiten enthalten, die ohne mein  
Verschulden ganz oder teilweise wegen Boykott nicht zur Ausführung  
kamen.





22

1. April 1957

21

19

18

Kreis Stormarn

Ort kommen durch

indigen Erwerbs-

nach §§ 81 ff

nationalsozi-

al - BEG - ) vom

1. 3. 1933

270,-- DM an

der fällig ge-

hend gemacht

Verungsnachwei-

ausfertigung

diese Frist un-

Wischenbescheid

Befugigt:

Reg. Angestellte

Amt Zarpfen  
1/1

Zarpfen, den 21. April 1954

15. April 1955

B e s c h e i n i g u n g .

Herr ~~Kraus~~ Johannes B o y e ..... Beruf: Architekt....

geboren am 18. April 1888 ..... in Kiedorfervohld/Krs. Segeberg.....

und die umseitig angeführte Familie sind ist

vom Jahre 1902 ..... bis ..... noch jetzt

in Zarpfen ..... Kreis Stormarn gemeldet gewesen.

Unterbrechung der Meldezeiten siehe umseitig.

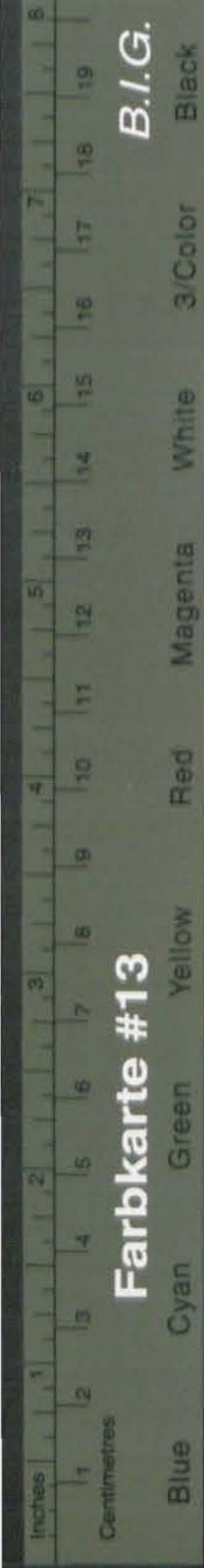
Gebührenfrei



in Zarpfen

Boye vom 30.3.55  
lassung.





# Kreisarchiv Stormarn B2

Verzogen am 9. August 1942 nach Sulsdorf/Mecklenburg,

Zugezogen 23. Desemb. 1942 von dto.

Verzogen 2. Februar 1943 nach dto.

Zugezogen erste Hälfte des Jahres 1945 von dto. (genaues Datum nicht zu ermittel



An den  
Kreisauausschuß des Kreises Stormarn  
-Sozial- u d Jugendamt-Sonderhilfesausschuß

Bad Oldesloe

Gem. dortiger Anforderung vom 14.4.1954 -D./Rl.- übersandt.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

überreichte ich anlegend den bei mir gestellten Wiedergutmachungsantrag mit der Bitte um die dortige Entscheidung.  
Auf die dem Antrag beigefügten Unterlagen verweise ich.

Aktz.: ?

In der Wiedergutmachungssache Johannes B o y e in Zarpfen

// An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig - Holstein

in K l e i

D./Rl.

28. Juli 1954



[illegible]

Formblatt 39

Im Auftrage:

15. April 1955

anuar 1957

Fortkommen durch  
ständigen Erwerbs  
nach §§ 81 ff  
der nationalsozi-  
etz - BEG - ) vom  
e soll ab 1. 3  
h 270,-- DM an  
vorher fällig ge-

geltend gemacht  
Ordnungsnachwei-  
se Ausfertigung  
1, diese Frist un-  
Zwischenbescheid

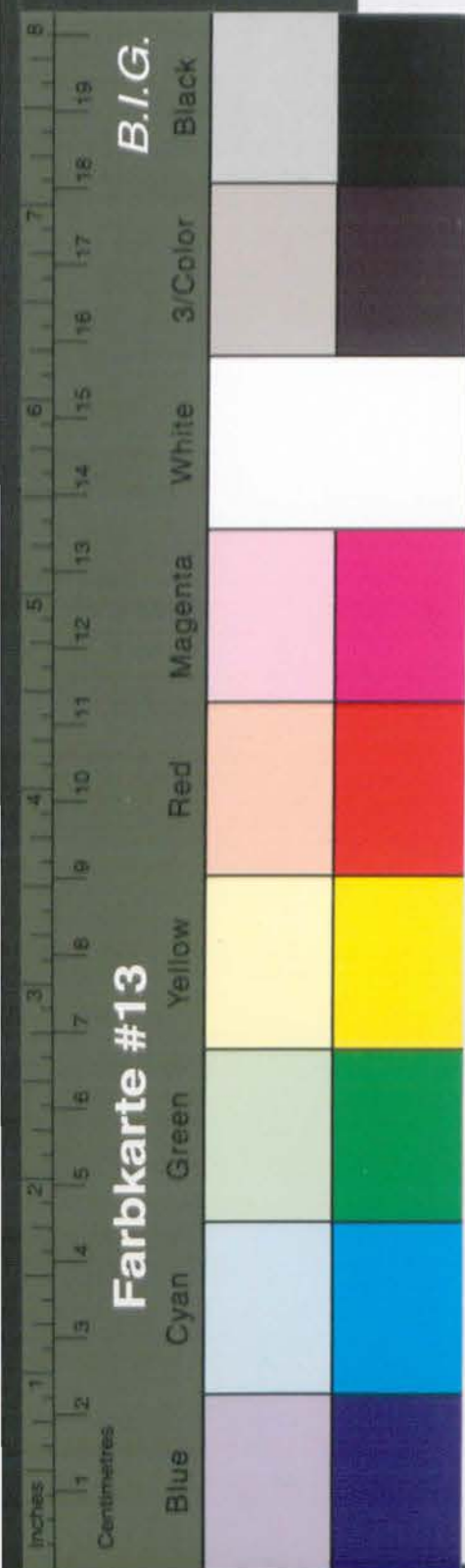
Beglaubigt:  
*Adams*  
Reg. Angestellte



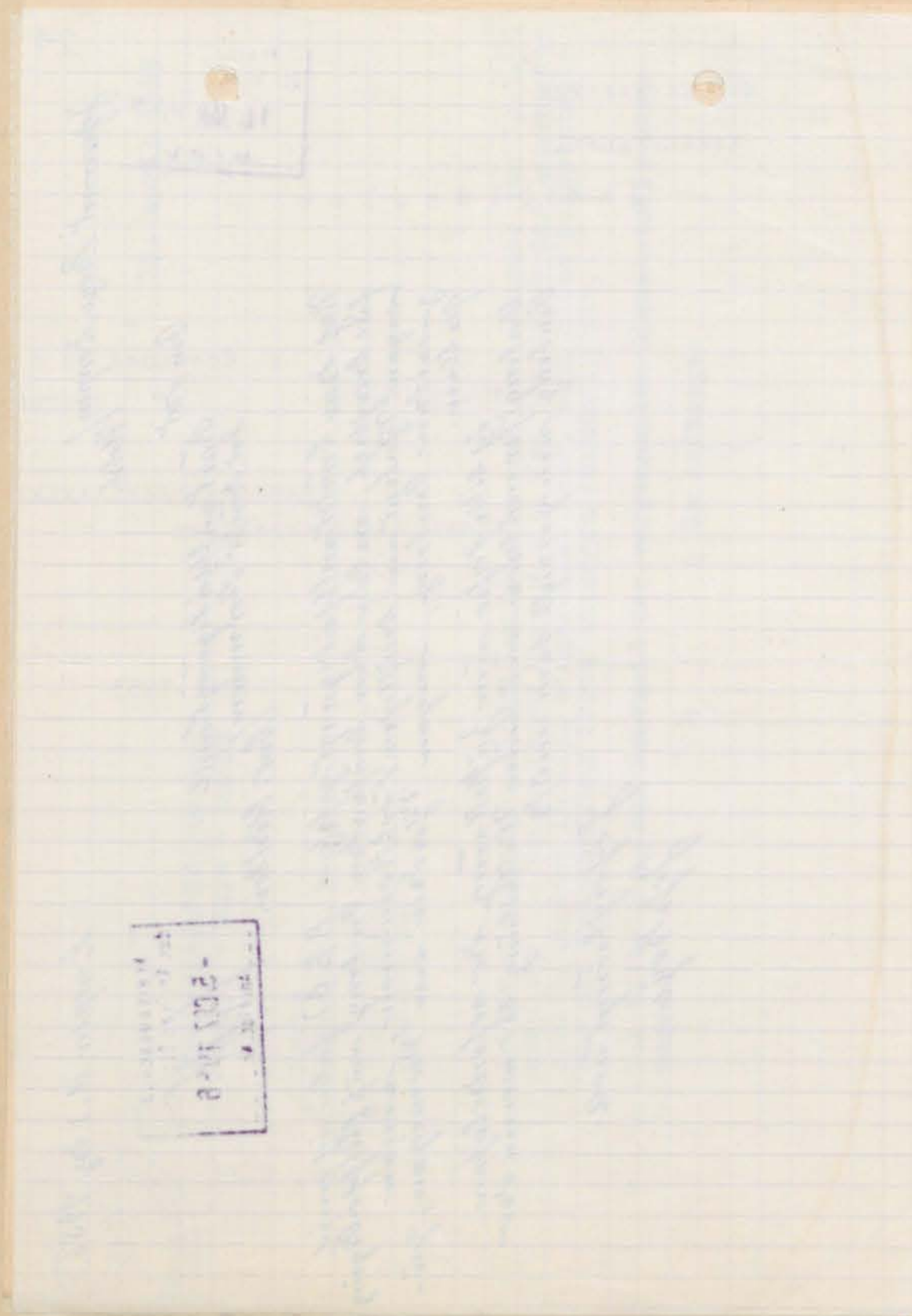








# Kreisarchiv Stormarn B2



22

Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein

Az.: W 5 a -B 520 fs

Kiel, den 16. Januar 1957

Obiges Aktenzeichen bei  
allen Eingaben unbedingt  
angeben.

An das

~~xxxxxxxxxxxx~~  
Fürsorge/Wohlfahrtsamt  
~~xxxxxxxxxxxx~~



in Bad Oldesloe

Betr.: Entschädigungssache des Johannes B o y e  
geb. am 18. 4. 1888 wohnhaft in Zarpen, Kreis Stromarn

Für Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen durch  
Verdrängung aus ~~der Beschäftigung~~ in seiner selbständigen Erwerbs-  
tätigkeit erhält der/die Vorgenannte eine Rente nach §§ 81 ff  
des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozi-  
alistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz - BEG - ) vom  
29. 6. 1956 (BGBl. S S 562) ab 1.11.1953. Sie soll ab 1. 3  
1957 laufend zur Zahlung in Höhe von monatlich 270,-- DM an  
den/die Berechtigte(n) angewiesen werden. Die vorher fällig ge-  
wordenen Beträge werden nachgezahlt.

Falls von dort Ersatzansprüche gemäss § 10 BEG geltend gemacht  
werden, wird um Hergabe eines spezifizierten Forderungsnachwei-  
ses mit Angabe der Rechtsgrundlage in doppelter Ausfertigung  
innerhalb von 14 Tagen gebeten. Es wird gebeten, diese Frist un-  
bedingt einzuhalten bzw., falls nicht möglich, Zwischenbescheid  
zu geben. Fehlanzeige erforderlich.

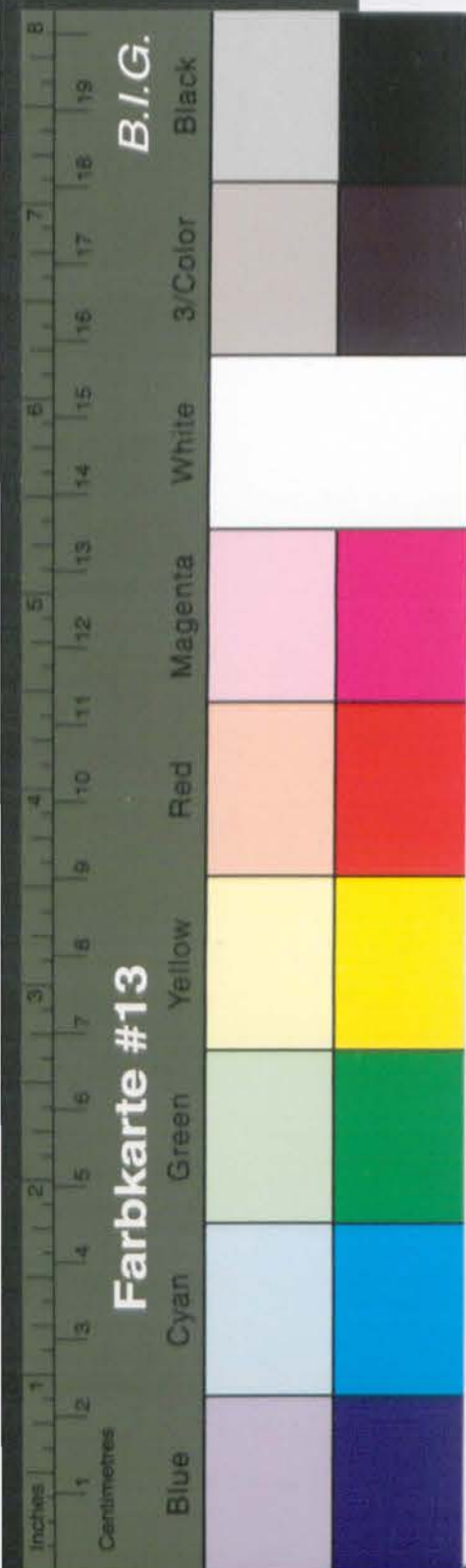
Im Auftrage :  
gez. Wulf

Beglaubigt:

Reg. Angestellte







# Kreisarchiv Stormarn B2

23

28. Januar 1957

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - B o y e -

Da/Rg

1. An die  
Amtsverwaltung

Z a r p e n

*29/1. 11*

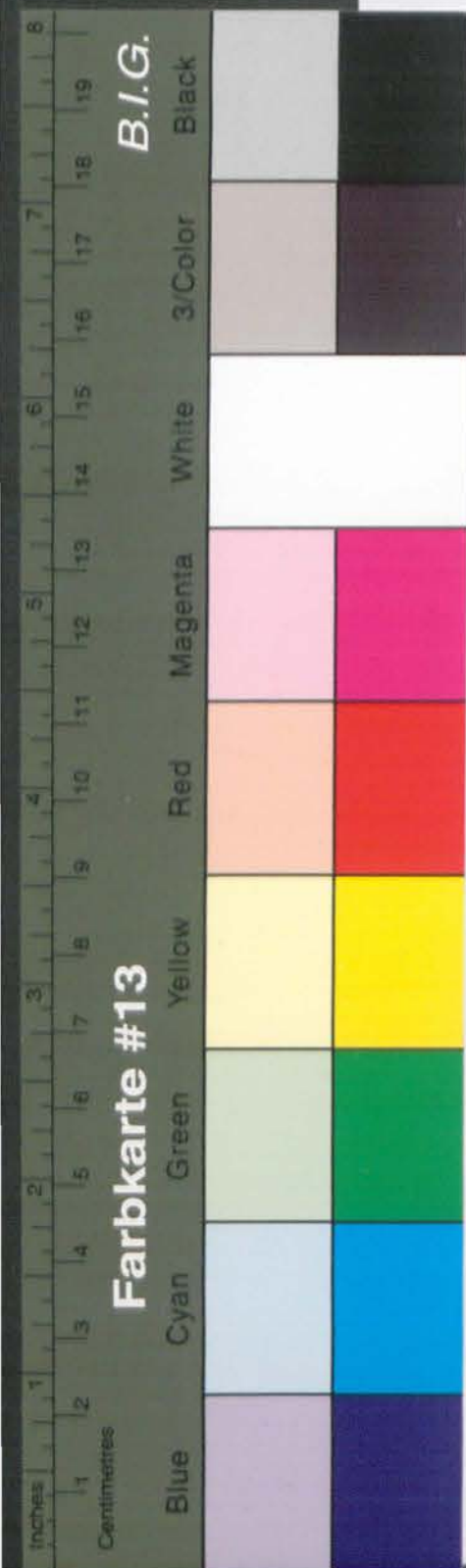
Betr.: Johannes B o y e , geb. 18. 4. 1888, wohnhaft Zarpn

Für Schaden im beruflichen Fortkommen durch Verdrängung aus seiner selbständigen Erwerbstätigkeit ist dem Vorgenannten vom Landesentschädigungsamt in Kiel eine Rente nach §§ 81 ff BEG ab 1. November 1953 bewilligt worden. Sie soll ab 1. März 1957 laufend zur Zahlung in Höhe von monatlich 270.-- DM an Boye angewiesen werden. Die vorher fällig gewordenen Beträge werden nachgezahlt.

Falls von Ihnen Ersatzansprüche gemäß § 10 BEG geltend gemacht werden, bitte ich um Hergabe eines spezifizierten Forderungsnachweises mit Angabe der Rechtsgrundlage in dreifacher Ausfertigung. Diese Aufstellung bitte ich mir sofort herzugeben, damit entsprechend Ersatzanspruch beim Landesversorgungsamt Kiel geltend gemacht werden kann.

Im Auftrage:





# Kreisarchiv Stormarn B2

28. Januar 1957

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - B o y e -

Da/Rg

2. Herrn  
Johannes B o y e  
in Z a r p e n

Betr.: Ihr Antrag auf Entschädigung nach dem BEG  
Bezug: Ihr Schreiben vom 3. 12. 1956

/ Anliegend erhalten Sie zwei Antragsvordrucke zu Ihrer Bedienung.

Wie Sie aus dem beigelegten Merkblatt ersehen, muß Ihr Antrag bis zum 1. Oktober 1957 gestellt sein.

Ich bitte Sie, mir Ihre Anträge alsbald einzureichen.

Im Auftrage:

3/ Wy

Im Auftrage:

Betr.: Entschädigungssache Johannes B o y e, Zarpen  
Bezug: Schreiben vom 16. 1. 1957 - AZ.: W 5 a B 520 fs -  
Ich teile mit, daß Ersatzanspruch gemäß § 10 BEG hinsichtlich der Rentennachzahlung ab 1. 11. 1953 nicht geltend gemacht wird.

An das  
Kreisentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein  
in K i e l

Da/Rg

9. Februar 1957

8.4.1888,

ltend gemacht.

entschädigungs=

87  
Stempel in Zypern

9. 1957

inden der Rasse oder des Glau-

[s. Abschnitt

oder des

tschädigungs-

zufüllen:

27

26

24

28





28. Januar 1957

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - B o y e -

2. Herrn  
Johannes

in Z a r

Betr.: II  
Bezug: II

/ Anliegen  
nung.

Wie Sie  
bis zum

Ich bitte

3/ Wg

1/

27

26

25

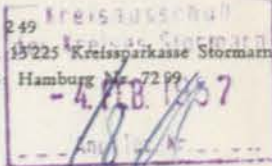
Amt Zarpn  
Kreis Stormarn

Pfirsorgeamt

Az. 4 / 1

(24a) Zarpn, den 1. Februar 1957

über Lübeck  
Fernruf Reinfeld 249  
Bank-Konto: Nr. 13225  
Postcheck-Konto Hamburg Nr. 7299



An den Herrn Landrat des Kreises Stormarn, -Kreisentschädigungs-  
amt

Bad Oldesloe

Betr: Entschädigungszahlung an Johannes B o y e , geb. 18.4.1888,  
wohnhaft in Zarpn

Bezug: Dort. Schreiben vom 28.1.1957 - 4 - 1/9 -

Ersatzansprüche gemäß § 10 BEG werden nicht geltend gemacht.

Insläufer  
1/9 7/2

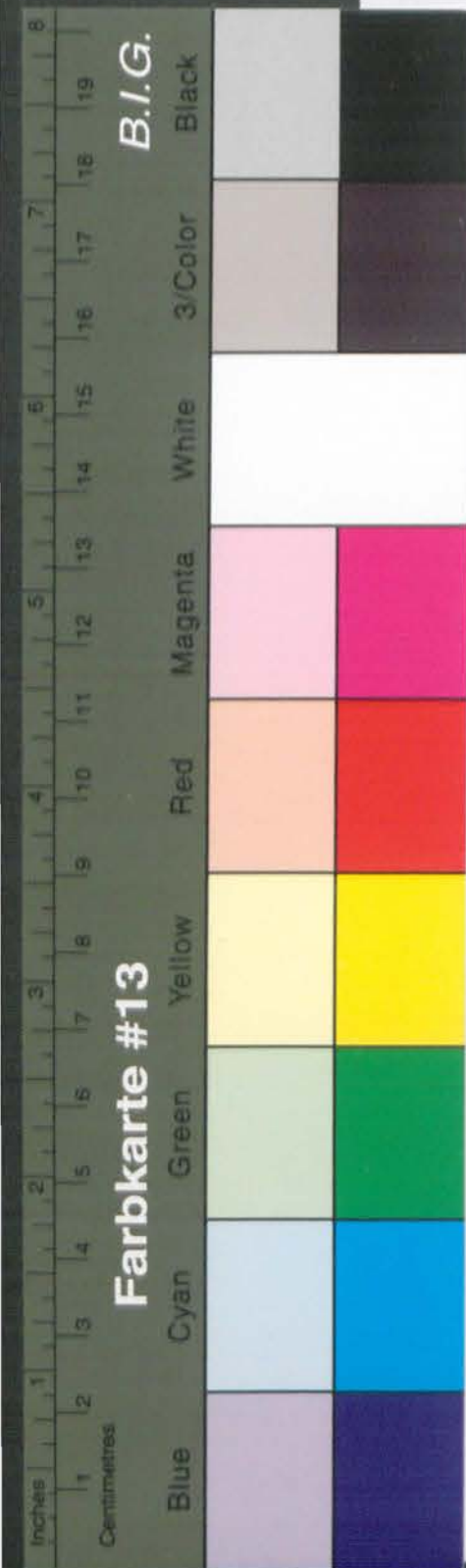
I.A.

*[Handwritten signature]*

Erläuterung:  
Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?





# Kreisarchiv Stormarn B2

28. Januar 1957

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - B o y e -

2. Herrn  
Johannes

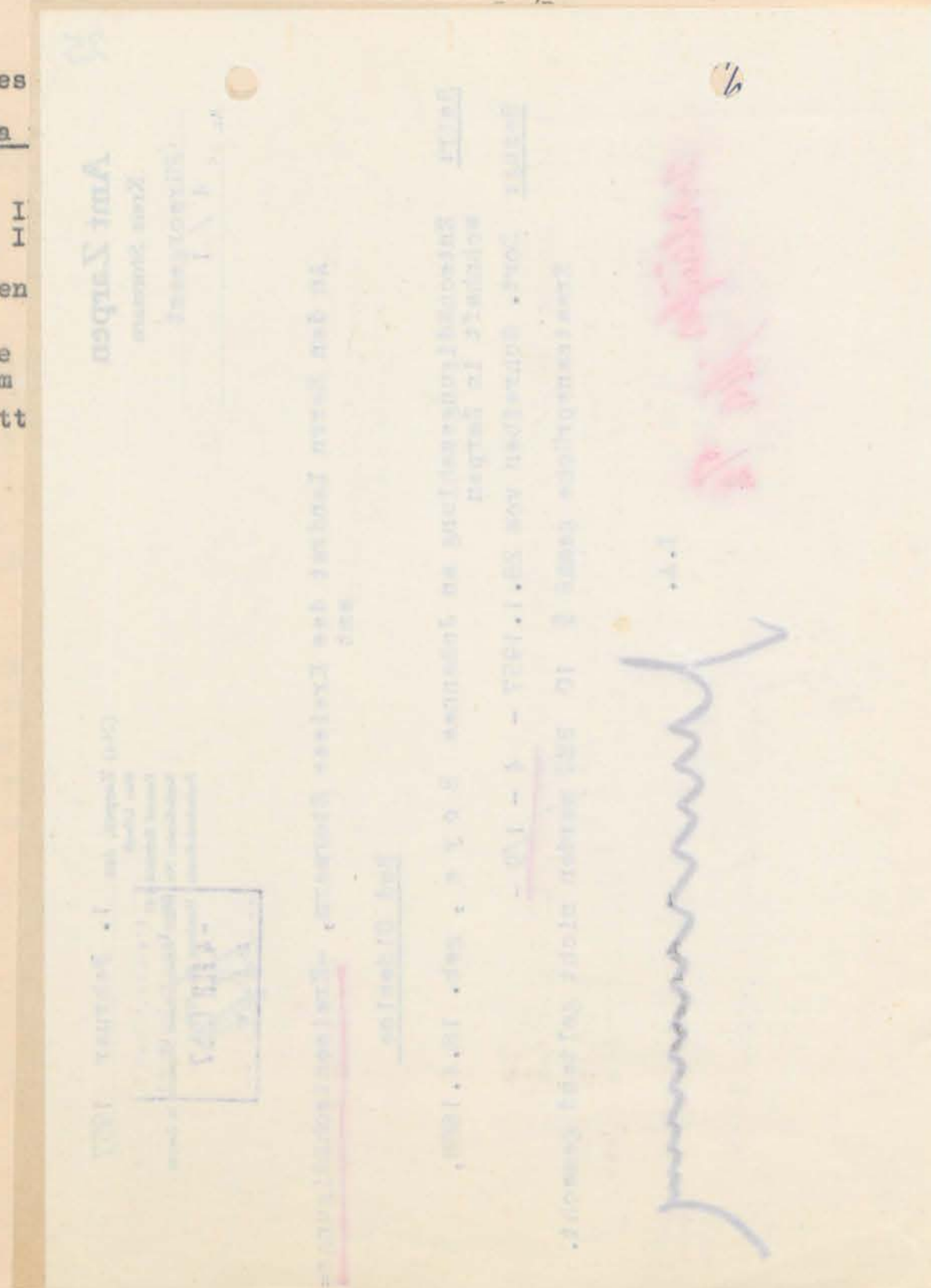
in Z a

Betr.: I  
Bezug: I

/ Anliegen  
nung.

Wie Sie  
bis zum  
Ich bitt

3/ Wy.



Erlernter Beruf:

Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

28

27

26

szufüllen:

entschädigungs-

asse oder des

[s. Abschnitt



The chart features a ruler at the top with markings in inches (0 to 4) and centimeters (0 to 10). Below the ruler is a row of 19 color patches, each labeled with a number from 1 to 19. The patches are arranged in two rows of 10, with the 19th patch centered below the first row. The patches are labeled as follows:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black										

The text 'Farbkarte #13' is printed vertically on the left side of the chart. The text 'B.I.G.' is printed vertically on the right side of the chart.

Kreisentschädigungsamt

24  
(24a) Low - Blue.

*Oke Jap. Dje Lompen  
in het kabinet*

28

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

27 gangsstempel)

Johnston, George  
Lempire / Smith / Lempire

Am 20<sup>ten</sup> 1882  
Bretschneider & Co. empfangen  
von demselben  
/ Am 20. 1882

Comp. d. 36. 9357  
A. 349

Kreis Stormarn.

3e und Haus-Nr.)

Deutscher

ja ~~nein~~  
aus Gründen der Rasse oder des

~~Es~~ nein

ung eines anderen [s. Abschnitt

(Kreis, Land):

+ und Haus-Nr.)

Staatsangehörigkeit: frühere: \_\_\_\_\_ letzte: \_\_\_\_\_

Letzte berufliche Tätigkeit: Kaufmann für Büromanagement

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisentschädigungsamt

(Eingangsstempel)

mit ..... Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

## Antrag

auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)

## A

1. Name: **Boye**  
 Vornamen: **Johannes**  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land):  
**19.4.88 Kisdorfer wohld**  
**Kreis Segeberg / scht.-Holst.**  
 Familienstand: ~~ledig~~ / verh. / ~~wid.~~ / ~~geschied.~~  
 Anzahl der Kinder: ~~1~~ Alter der Kinder: ~~1~~  
 Staatsangehörigkeit: frühere: **Deutscher** jeizige: **Deutscher**  
 2. Beruf: **Architekt**  
 Erlernter Beruf: **Architekt**  
 Jeizige berufliche Tätigkeit: **n. Architekt**  
 3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja  
 Wenn ja:  
 Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder der Glaubens oder der Weltanschauung?  
 4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? nein  
 Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

selbst Verfolgter

II. Verfolgt(er)  
(Nur auszufüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

1. Name: \_\_\_\_\_  
 Vornamen: \_\_\_\_\_  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 gestorben am: \_\_\_\_\_  
 in (Kreis, Land): \_\_\_\_\_  
 Staatsangehörigkeit: frühere: \_\_\_\_\_ letzte: \_\_\_\_\_  
 2. Beruf  
 Erlernter Beruf: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 Letzte berufliche Tätigkeit: \_\_\_\_\_  
 3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

# Kreisarchiv Stormarn B2



III. Weitere Angaben über die Person des(r) Berechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

- a) Mitgliedschaft bei der NSDAP;
- b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:  
bei welchen?

2. a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. Mai 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren;
- b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945;

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land)  
am 31. Dezember 1952:

b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952 verstorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) Bei Heimkehrern:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der  
Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der  
Heimkehr:

e) Bei Sowjetzonenflüchtlings:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der  
Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. Dezember 1946 ausgewandert?

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:  
Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention:  
Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?

c) Geschädigt aus Gründen der Nationalität?

ja / nein

— 3 —

V. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für: (Nichtzutreffendes ist zu streichen)






1. <u>Schaden an Leben</u> (wenn der Verletzte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getötet oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorben ist)	ja / nein
2. <u>Schaden an Körper und Gesundheit</u>	ja / nein
3. <u>Schaden an Freiheit</u> durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung	ja / nein
4. <u>Schaden an Eigentum</u> (§§ 51–55, 146)	ja / nein
5. <u>Schaden an Vermögen</u> (§§ 56–58, 146)	ja / nein
6. <u>Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten</u> (§§ 59–63, 153)	ja / nein
7. <u>Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen</u> (§§ 64–137)	ja / nein
a) im beruflichen Fortkommen (§§ 65–123)	ja / nein
b) im wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 127–137)	ja / nein
8. <u>Rückwanderer</u> (Solortilffe, § 141)	ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen.)

1. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht? ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
Antrag wegen Schaden im Beruf	v. 1. 4. 1954.	Kreisentschädigungsamt 7-74-Boys.

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / ~~nein~~  
 Von oder vor welcher Stelle? Teilbescheid d. 17.10.1956  
Landesentscheidungsamt fct-Holst. - Zeichen Wld-B520-  
 Von welchen Stellen im In- und Ausland haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Geld- oder Sachleistungen erhalten (z. B. Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
				

2. Wurden für die unter Abschnitt A. I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ☐ ja / ☒ nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen
<u>2</u>	<u>2</u>	<u>2</u>

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

[illegible]

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden?



# Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

## B

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

1. *z. B. (1) (2) im Briefkopf (Schalt)*

wurden bereits an ..... oder

(Behörde)

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu .....-Verfahren eingereicht.

## C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissenschaftlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

*Zarpen*  
(Ort)

den *26. Februar 1957*  
(Datum)

*Johannes Boye*  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind *7* Anlagen beigelegt, und zwar:

1. *Briefkopf des Briefkopfes zu W 1 d - B 520 -*
2. *Kontakthauskarte*
3. *Wohnort im Hausen Hagenfeld Westfalen*
4. *Grundbesitzurkunde vom 18. 11. 1937*
5. *Kaufvertrag*
6. *Zeichen, Kaufvertrag Genehmigung der Amtsgerichtskasse*
7. *Genehmigung der Grundbesitzurkunde*
8. ....
9. ....
10. ....

30

Johannes Boye  
Zarpen über Lübeck  
Kreis Stormarn

An das

Landesentschädigungsamt Schlesw.-Holstein,  
Kiel, Gartenstraße 7

über das

Kreisentschädigungsamt Stormarn,  
Bad Oldesloe

### 1. Vormerkung

Am 3.4.1954 reichte ich beim Kreisentschädigungsamt des Kreises Stormarn einen Entschädigungsantrag ein betr. Wiedergutmachung erlittenen Schadens im Beruf. Über diesen Antrag ist nunmehr durch Teilbescheid vom 17. Okt. 1956 und Berichtigungsbescheid vom 29. Okt. 1956, Geschäftszeichen W 1 d - B 520 - wie folgt entschieden:

1. Der Anspruch auf Entschädigung wegen Schadens im beruflichen Fortkommen durch Verdrängung aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit ist dem Grunde nach gerechtfertigt.

2. Die Entscheidung über die Höhe dieses Anspruchs und die Kostenentscheidung bleiben dem weiteren Verfahren vorbehalten.

Nach dem nunmehr gültigen Bundesentschädigungsgesetz. - BEG § 9 Abs. 3, - halte ich mich für berechtigt auch einen Antrag auf Entschädigung für Schaden am Vermögen zu stellen.

### 2. Angaben zur Person.

Der Antragsteller, Architekt Johannes Boye, geb. am 18.4.1888 in Kisdorferwohld (Kreis Segeberg) wohnhaft in Zarpen, Kreis Stormarn, erlernte das Zimmerhandwerk, absolvierte die Fachschule, war tätig als Bautechniker im Architekturbüro und danach als Bauleiter. Er gründete 1913 in Zarpen ein eigenes Baugeschäft, gliederte diesem ein Büro für Architektur und Bauleitung an. Er heiratete im Jahre 1919 und wurde 1924 Bibelforscher. Seit 1927 freischaffender Architekt, dann ab 1.10.1934 bis 15.5.49 durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen der Ausübung des Berufes als freischaffender Architekt gehindert, sodaß er gezwungen wurde seinen landwirtschaftlichen Besitz zu verkaufen um seinen weiteren Lebensunterhalt zu bestreiten.

### 3. Zum Verfolgungsvorgang

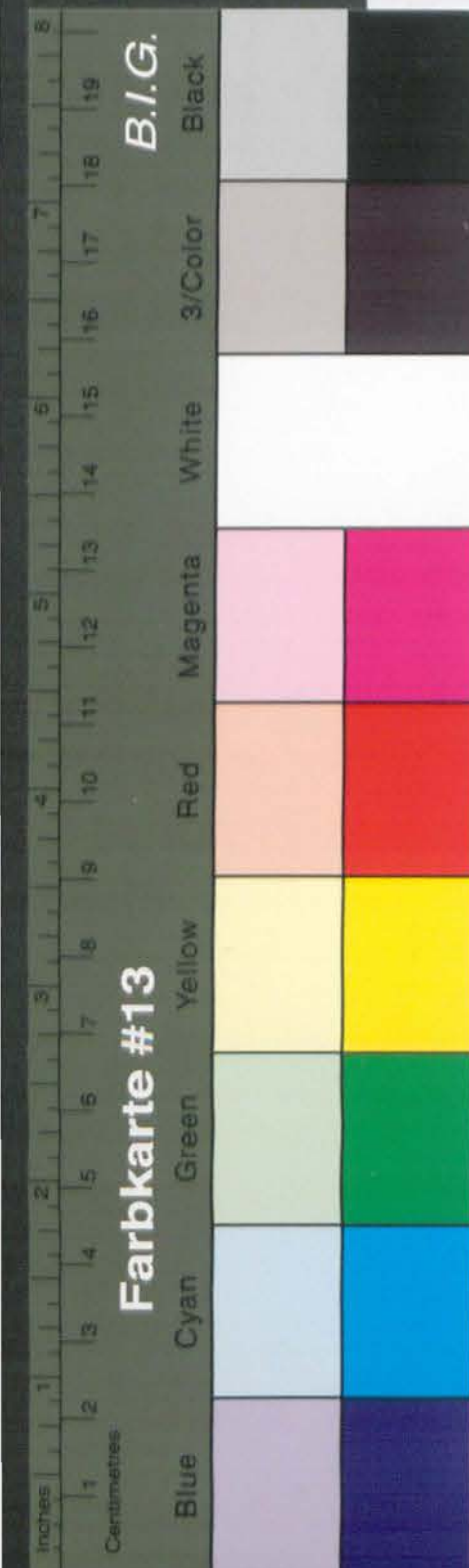
Am 23.6.1933 unmittelbar nach dem Verbot der Internationalen Bibelforscher Bewegung setzten die Verfolgungsmaßnahmen ein. Eine völlige Berufsausschaltung ergab sich aber erst ab 1.10.1934.

Von einer ausführlichen Darstellung des Verfolgungsganges wird hier abgesehen, dafür aber eine Abschrift des Teilbescheides vom 17. Okt. 1956 in Anlage beigelegt, aus dem die Gründe und Tatsachen zu ersehen sind. (Anlage 1)

### 4. Zum Vermögensstand vor der Verfolgung

Um den Nachweis meines Vermögensbestandes vor der Verfolgungszeit übersichtlicher zu gestalten, füge ich eine Katasterzeichnung bei (Anlage 2)





# Kreisarchiv Stormarn B2

30

Um den Nachweis meines Vermögensbestandes vor der Verfolgungswahl bei  
Güterverteilung zu gestatten, füge ich eine Katasterzeichnung bei  
(Anlage 2)

4. Zum Vermögensstand vor der Verfolgung

17. Okt. 1936 in Anlage beigefügt, aus dem die Gründe und Tatsachen  
hier abgesehen, daß eine Abschluß des Teilbeschlusses vom  
Vor einer auswärtigen Darstellung des Vermögensbestandes wird  
Berufsausschaltung ergab sich aber erst ab 1.10.1934.  
förmlicher Bewegung setzen die Verfolgungsmaßnahmen ein. Eine völlige  
Am 23.6.1935 unmittelbar nach dem Verbot der Internationalen Bibel-  
förmlicher Bewegung setzen die Verfolgungsmaßnahmen ein. Eine völlige  
Berufsausschaltung ergab sich aber erst ab 1.10.1934.

5. Angaben zur Person

Der Antragsteller, Architekt Johannes Boye, geb. am 18.4.1888 in  
Kladow (Kreis Gersdorf) wohnt in Karpfen, Kreis Stormarn.  
erzählte das Zimmerhandwerk, absolvierte die Fachschule, war tätig  
als Bautechniker im Architekturbüro und danach als Bauleiter. Er  
erhielt 1913 in Karpfen ein eigenes Baugeschäft, gliederte diesem ein  
Büro für Architektur und Bauleitung an. Er beiratete im Jahre 1919  
und wurde 1924 Bibelforscher. Seit 1927 freischaffender Architekt.  
dann ab 1.10.1934 bis 15.5.49 durch nationalsozialistische Gewalt-  
maßnahmen der Ausübung des Berufes als freischaffender Architekt  
gehindert, so daß er gezwungen wurde seinen landwirtschaftlichen  
Besitz zu verkaufen um seinen weiteren Lebensunterhalt zu bestreiten.

6. Zum Verfolgungsvorgang

Am 23.6.1935 unmittelbar nach dem Verbot der Internationalen Bibel-  
förmlicher Bewegung setzen die Verfolgungsmaßnahmen ein. Eine völlige  
Berufsausschaltung ergab sich aber erst ab 1.10.1934.

Von einer auswärtigen Darstellung des Vermögensbestandes wird  
hier abgesehen, daß eine Abschluß des Teilbeschlusses vom  
17. Okt. 1936 in Anlage beigefügt, aus dem die Gründe und Tatsachen  
zu ersehen sind. (Anlage 1)

7. Vorverurteilung

Am 23.6.1935 teilte ich beim Kreisentscheidungsamt des Kreises Stormarn  
einen Parteibildungsantrag ein betr. Wiedereingliederung erlittenen  
Schadens im Betr. Über diesen Antrag ist nunmehr durch Teilbescheid  
vom 17. Okt. 1936 und Berichtungsbescheid vom 29. Okt. 1936  
Geschäftszeichen W 1 d - B 250 - wie folgt entschieden:

1. Der Anspruch auf Entschädigung wegen Schadens im beruflichen  
Fortkommen durch Verdrängung aus einer selbständigen Privatstätigkeit  
ist dem Grunde nach gerechtfertigt.  
2. Die Entschädigung über die Höhe dieses Anspruchs und die Kosten-  
entscheidung bleiben dem weiteren Verfahren vorbehalten.

Nach dem nunmehr gültigen Bundesentscheidungs-gesetz. - HGB § 9 Abs. 3, -  
habe ich mich für berechtigt auch einen Antrag auf Entschädigung für  
Schaden am Vermögen zu stellen.

3. Über das  
Kreisentscheidungsamt Stormarn,  
Bad Oldesloe

Landesentscheidungsamt Schlesw.-Holstein,  
Kiel, Gartenstraße 7

An das  
Kreis Stormarn  
Karpfen über Lübeck  
Johannes Boye

- 2 -

31

Zur Zeit des Verbots der Internationalen Bibelforscher Vereinigung  
bestand mein Vermögen aus:

Parzelle  $\frac{137}{20}$  mit Wohnhaus, Parzelle  $\frac{138}{20}$  Einfamilienhaus,  
Parzelle  $\frac{139}{20}$  mit Wohnhaus, Parzelle  $\frac{140}{20}$  mit landwirtschaftlichen  
Stallungen  
und Parzelle  $\frac{141}{20}$  reines Ackerland.

Die drei letztgenannten Parzellen dienten mir vor dem Verkauf als  
Wohn- und Landsitz und deren Ertrag zur Stützung meiner Lebenshaltung.  
Die Grundstücke waren frei von Hypotheken und Grundschulden. Nur  
zur Sicherung eines Kredites in laufender Rechnung hatte ich für  
die Sparkasse des Kreises Stormarn eine Sicherungshypothek im Grund-  
buch eintragen lassen.

5. Zu den getroffenen Sicherungsmaßnahmen

Als dann nach dem Verbot der Internationalen Bibelforscher Vereinigung  
die ersten Verhaftungen und Verurteilungen bekannt wurden, wurde ich  
dadurch veranlaßt nach Sicherungsmaßnahmen Ausschau zu halten, die zur  
Sicherung des Lebensunterhaltes meiner Frau für den Fall dienen könnten,  
daß ich selbst verhaftet werden würde. Aber erst als die ersten Todes-  
fälle einiger Bibelforscher in Konzentrationslagern bekannt wurden,  
machte ich von dem Entschluß Sicherungsmaßnahmen zu treffen, Gebrauch.

1. Ich ließ auf das Grundstück  $\frac{138}{20}$  eine Hypothek in Höhe von  
GM 3.000,-- auf den Namen meiner Frau eintragen, eine Summe, die meine  
Frau mit in die Ehe gebracht hatte.

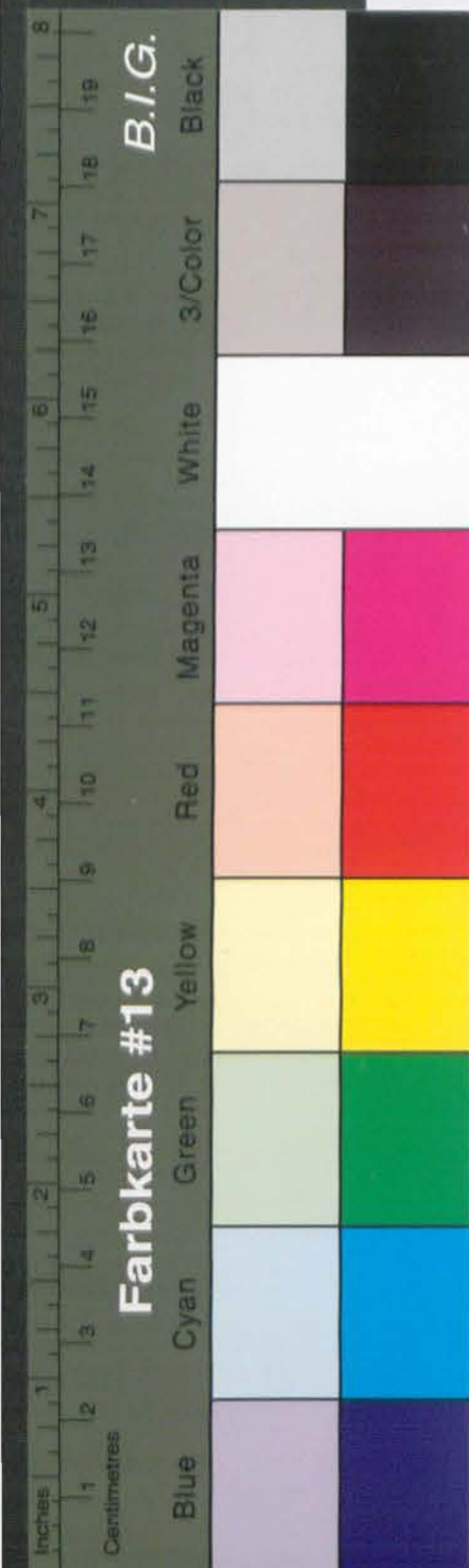
2. Auf das Grundstück Parzelle  $\frac{137}{20}$   
für den Bauunternehmer Fritz Westphal, Wulfsfelde GM 3.000,-- und  
für seinen Sohn, Fritz Westphal, Wulfsfelde, GM 3.000,--.  
Diese beiden Darlehen sollten einen geheimen Fonds zur Sicherstellung  
der Lebenshaltung für den Fall meiner evtl. Verhaftung bilden. Diese  
Sicherungsmaßnahmen wurden durch den später vorgenommenen Verkauf über-  
holt und dann rückgängig gemacht. (siehe Anlage 3)

3. Ferner ließ ich für mich zur freien Verfügung für den Fall der  
größten Not, vier weitere Grundschulden eintragen. Damit glaubte ich,  
soweit für den Notfall vorgebeugt zu haben, wie es in der damaligen  
Zeit nur möglich war. Das geschah Anfang Januar 1934. (2 Belege, siehe  
Anlage 4)

6. Zum Verkauf der Parzellen  $\frac{139}{20}$   $\frac{140}{20}$   $\frac{141}{20}$

Aber bald nach meiner völligen Berufsausschaltung kam ich zu der Ein-  
sicht, daß die Aufnahme eines Darlehens zur Bildung eines Notfonds  
eine zusätzliche Belastung ausmachen würde, die ich auf die Dauer  
nicht ertragen könne und die außerdem auch nicht ausreichend genug sei.  
Es war mir klar geworden, daß mir außer noch einigen rückständigen  
Einkommensausständen aus dem beruflichen Leben nach dem 1.10.1934  
kein weiteres Einkommen mehr zur Verfügung stehen würde. Ich erkannte,  
daß ich durch die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen der völligen  
Ausschaltung aus meinem Beruf als freischaffender Architekt in eine  
Notlage gedrängt war und aus der es für mich keinen anderen Ausweg gab,  
als mich dem Druck der Verhältnisse zu beugen und so schnell wie  
möglich eines meiner Grundstücke zu verkaufen um aus dem Erlös meinen  
Lebensunterhalt zu sichern. Leider fanden in der damaligen Zeit nur  
landwirtschaftliche Grundstücke Käufer, auch war es für mich eine Not-  
wendigkeit den Kaufpreis in bar zu erhalten, damit ich das zum Lebens-  
unterhalt benötigte Geld auch wirklich zur Verfügung hatte.





# Kreisarchiv Stormarn B2

31

unterteilt benötigte Geld auch wirklich zur Verfügung hatte.

Landwirtschaftliche Grundstücke Käufer, auch war es für mich eine Not-  
lebensnotwendigkeit zu sichern. Leider fanden in der damaligen Zeit nur  
möglich eines meiner Grundstücke zu verkaufen und so schnell wie  
als mich der Druck der Verhältnisse zu bewegen und so schnell wie  
Notlage gedrängt war und es für mich keinen anderen Ausweg gab.  
Auszahlung aus meinem Baurauf als freischaffender Architekt in eine  
das ich durch die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen der völligen  
keine weiteres Einkommen mehr zur Verfügung stehen würde. Ich erkannte,  
Einkommensverlusten aus dem beruflichen Leben nach dem 1.10.1934  
nicht ertragen können und die anderen auch nicht ausreichend genug sei.  
eine zusätzliche Belastung zusammen würde, die ich auf die Dauer  
nicht, daß die Aufnahme eines Darlehens zur Bildung eines Notfonds  
Aber bald nach meiner völligen Berufsausübung kam ich zu der Ein-  
sicht, daß der Verkauf der Parzellen 133, 140, 141 und 142  
6. Zum Verkauf der Parzellen 133, 140, 141 und 142

Zeit war möglich war. Das geschah Anfang Januar 1934. (2. Beilage, siehe  
Anlage 4)

größten Not, vier weitere Grundschulden einzutragen. Damit glaudte ich,  
helfe und dann rückgängig gemacht. (siehe Anlage 3)

Sicherungsmaßnahmen wurden durch den später vorgenommenen Verkauf über-  
der Lebensversicherung für den Fall meiner evtl. Verletzung bilden. Diese  
Dieses beiden Darlehen sollten einen gewissen Fonds zur Sicherstellung  
für seinen Sohn, Fritz Westphal, Wolfelide, RM 3.000,-- und  
für den Bauunternehmer Fritz Westphal, Wolfelide, RM 3.000,-- und  
2. Auf das Grundstück Parzelle 133  
Firma mit in die Ehe gebracht hatte.

RM 3.000,-- auf den Namen meiner Frau einzutragen, eine Summe, die meine  
4. Ich ließ auf das Grundstück 133 eine Hypothek in Höhe von  
machte ich von dem Entschluß Sicherungsmaßnahmen zu treffen, Gebrauch.  
Fälle einiger Beteiligter in Konsortialdarlehen bekannt wurden,  
das ich selbst verpfändet werden würde. Aber erst als die ersten Todes-  
Sicherung des Lebensunterhaltes meiner Frau für den Fall dienen könnten,  
dadurch veranlaßt nach Sicherungsmaßnahmen Ansuchen zu halten, die zur  
die ersten Verpfändungen und Verpfändungen bekannt wurden, wurde ich  
Als dann nach dem Verbot der Internationalen Biflorischer Vereinigung

2. Zu den getroffenen Sicherungsmaßnahmen

Die drei letztgenannten Parzellen dienten mir vor dem Verkauf als  
Wohn- und Landbesitz und deren Ertrag zur Stützung meiner Lebenshaltung.  
Die Grundstücke waren frei von Hypotheken und Grundschulden. Nur  
zur Sicherung eines Kredits in laufender Rechnung hatte ich für  
die Sparkasse des Kreises Stormarn eine Sicherungshypothek im Grund-  
buch eintragen lassen.

und Parzelle 141  
142  
140 mit Wohnhaus, Parzelle 140 mit landwirtschaftlichen  
133 mit Wohnhaus, Parzelle 133 mit landwirtschaftlichen  
132 mit Wohnhaus, Parzelle 132 mit landwirtschaftlichen  
Bestand mein Vermögen aus:

Zur Zeit des Verbot der Internationalen Biflorischer Vereinigung

32

- 3 -

So mußte ich leider und mit großem Bedauern meinen wertvollsten  
landwirtschaftlichen Besitz weit unter Preis an den Bauern Otto  
Wendelborn aus Goldenbeck abgeben.  
(Anlage 5, - Kaufvertrag, Notariatsregister Nr. 157, Jahr 1936)

Dieser Landbesitz, den ich mir in langen Jahren so mühsam als  
Stütze für meine Altersversorgung aufgebaut hatte mußte leider auf  
Grund der mir unmöglich gemachten Ausübung meines Berufes, also  
unter dem Druck der Verdrängung aus meinem Beruf preisgegeben werden.  
Ich glaube daher den Verkauf als eine Handlung ansehen zu müssen,  
die unter dem Druck der Verfolgung vorgenommen wurde und nach § 9  
Abs. 3 BEG einem Entschädigungsanspruch als Schaden am Vermögen nicht  
entgegensteht.

7. zum Verkaufspreis

Der Verkaufspreis für den Landbesitz betrug ohne Inventar RM 20.000,--  
und sollte in bar beglichen werden. Da aber dieser Besitz für den mir  
von der Sparkasse des Kreises Stormarn in laufender Rechnung gewährten  
Kredit durch eine Sicherungshypothek belastet war, - siehe Anlage 4 -  
wurde die in § 2 des Kaufvertrages festgelegte Regelung getroffen, nach  
der der Käufer diese bestehende Schuld in Höhe von RM 6.110,93 als  
Selbstschuldner übernahm.

Ursächlich war die Abdeckung dieses Kredits durch den Erlös aus  
dem Verkauf des Inventars gedacht. Weil ich mich aber nicht vor Ab-  
schluß eines Kaufvertrages zum Verkauf des Inventars entschließen konnte  
wurde die Zwischenlösung nach § 2 des Kaufvertrages gewählt.

Der genannte Betrag wurde am 7.4.1937 gezahlt, worauf ich dann  
am 15.4.37 die Löschungsbewilligung und am 15. Mai 1937 die Löschungs-  
bestätigung erhielt. (Anlage 6, Löschungsbewilligung und Löschungs-  
bestätigung)

8. zum Inventarverkauf

Der Inventarverkauf wurde nicht geschlossen sondern einzeln, je nach  
Käufer zum höchst erzielbaren Preis abgegeben. Leider habe ich hier-  
über keine zusammenhängenden Unterlagen mehr. Ich muß daher diese  
Aufzeichnungen aus dem Gedächtnis in Verbindung mit noch einigen vor-  
handenen Aufzeichnungen machen. Jedoch brachte der Verkauf einen  
Erlös von dicht bei 7.000,-- Reichsmark, eine Summe, die gut ausge-  
reicht hätte, den durch die Zwischenlösung nach § 2 des Kaufvertrages  
erwähnten Kredit in laufender Rechnung abzudecken. Jetzt aber wurde  
der Erlös zur Auffüllung der Kaufsumme auf 20.000,-- Reichsmark  
verwendet.

An lebendem Inventar waren vorhanden:

1 Pferd, 3 Kühe, 2 Sauen, 6 Mastschweine	ca. 3.080,-- RM
--	-----------------

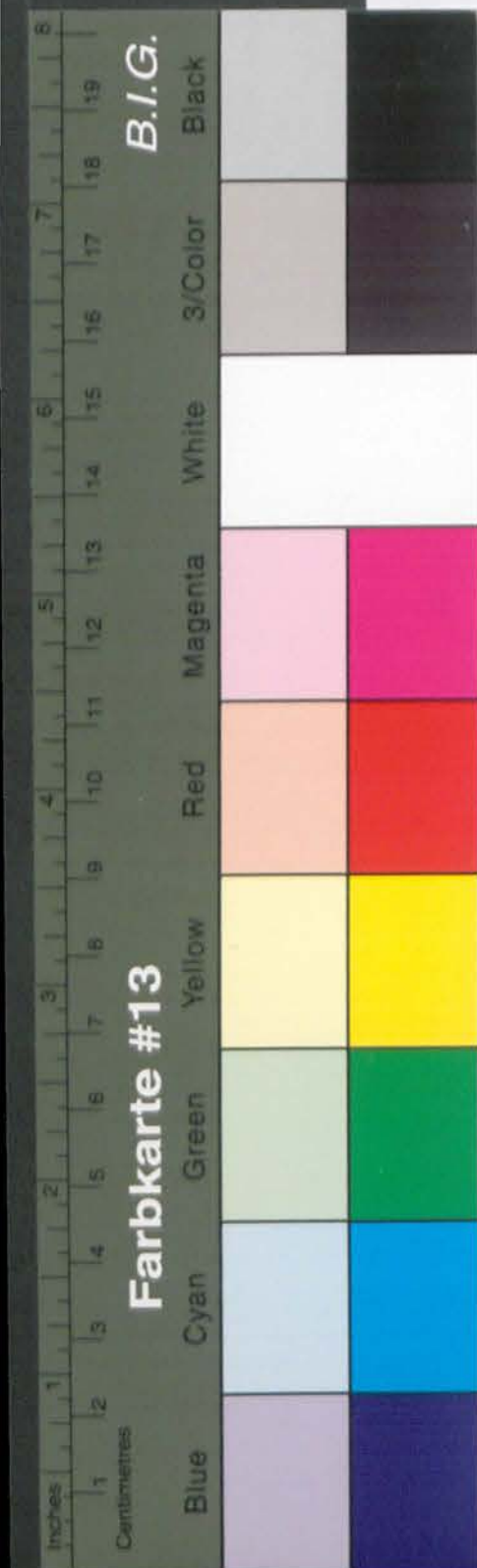
an totem Inventar:

1 Einspannerkastenwagen mit Ersatzleitern,	
1 Stuhlswagen, 1 kleine Dreschmaschine, 1 Staub-	
mühle, 2 Pflüge, 2 Paar Eggen, 2 Pferdegeschirre	
div. andere Geräte wie Rasenmäher, Harken usw.	ca. 730,-- RM
Erntevorräte, Heu, Stroh, Rüben,	230,-- ""
Korn,	120,-- ""
mithin für Inventar aus Landwirtschaft	4.160,-- RM

Weiter wurden abgegeben:

1 Sägegatter, (700,--), 1 Motor, (200,--), ein	
Schuppen auf Abbruch (140,--), und andere Materi-	
alien auf Abbruch (260,--)	1.300,-- RM
Material aus Lagerresten der Sägerei:	
Buche (140), Buchenware (500) Fichten (270)	910,-- ""
mithin für Inventar aus Beständen des früheren	2.210,--
Baugeschäftes	





# Kreisarchiv Stormarn B2

32

So mußte ich leider und mit großem Bedauern meinen wertvollsten landwirtschaftlichen Besitz weit unter Preis an den Bauern Otto Wendelborn aus Goldenbeck abgeben.

(Anlage 2, - Kaufvertrag, Notaratsprotokoll Nr. 127, Jahr 1936)

Dieser Landbesitz, den ich mir in langen Jahren so mühsam als Stütze für meine Altersversorgung aufgebaut hatte, mußte leider auf Grund der mir unmöglich gemachten Ausübung meines Berufes, also unter dem Druck der Verdrängung aus meinem Beruf preisgegeben werden. Ich glaube daher den Verkauf als eine Handlung ansehen zu müssen, die unter dem Druck der Verdrängung vorgenommen wurde und nach § 2 Abs. 2 BGB einen Entschädigungsanspruch als Schaden am Vermögen nicht entgegensteht.

7. zum Verkaufspreis

Der Verkaufspreis für den Landbesitz betrug ohne Inventar RM 20.000,- und sollte in der beizulegenden Weise an den Käufer für den mir von der Sparkasse des Kreises Stormarn in laufender Rechnung gewährten Kredit durch eine Einzahlungsbuchung belastet werden, - siehe Anlage 4 - wurde die in § 2 des Kaufvertrages festgelegte Regelung getroffen, nach der der Käufer diese bestehende Schuld in Höhe von RM 6.140,95 als Geldestückzahlung übernimmt.

Grundsätzlich war die Abdeckung dieses Kredits durch den Erlös aus dem Verkauf des Inventars gedacht. Weil ich mich aber nicht vor Abrechnung eines Kaufvertrages zum Verkauf des Inventars entschließen konnte, wurde die Zwischenzahlung nach § 2 des Kaufvertrages gewährt.

Der genannte Betrag wurde am 7.4.1937 gezahlt, worauf ich dann am 12.4.37 die Rückzahlungsbewilligung und am 12. Mai 1937 die Rückzahlungsbewilligung erhielt. (Anlage 6, Rückzahlungsbewilligung und Rückzahlungsbewilligung)

8. zum Inventarverkauf

Der Inventarverkauf wurde nicht geschlossen sondern einzeln je nach Käufer zum höchsten erzielbaren Preis abgegeben. Leider habe ich hierüber keine zusammenhängenden Unterlagen mehr. Ich muß daher diese Aufzeichnungen aus dem Gedächtnis in Verbindung mit noch einigen vorhanden Aufzeichnungen machen. Jedoch brachte der Verkauf einen Erlös von nicht bei 7.000,- Reichsmark, eine Summe, die gut ausgefällt hätte, den durch die Zwischenzahlung nach § 2 des Kaufvertrages erzielten Kredit in laufender Rechnung abdecken. Jetzt aber wurde der Erlös zur Aufkündigung der Kaufsumme auf 20.000,- Reichsmark verwendet.

An lebenden Inventar waren vorhanden:

1 Pferd, 3 Kühe, 2 Bienen, 6 Mastschweine

an toten Inventar:

1 Hingebauerwagen mit Ersatzteilen, 1 Stuhlwagen, 1 kleine Pressmaschine, 1 Stampfmaschine, 2 Pflüge, 2 Paar Räder, 2 Pflugeschlitze, div. andere Geräte wie Hasenmäher, Hacken usw. ca. 730,- RM

Einzelverste, Heu, Stroh, Rüben, Korn, 230,- RM

zusammen für Inventar aus Landwirtschaft 4.180,- RM

Weiter wurden abgegeben:

1 Bagger, (700,-) 1 Motor, (200,-) ein Schuppen auf Abbruch (140,-) und andere Materialen auf Abbruch (280,-)

Material aus Lagerbestand der Bagger: Erde (140), Bienenwabe (200) Pflaster (270)

zusammen für Inventar aus Beständen des früheren Besitzers 2.210,- RM

- 4 -

33

## 9. zum entstandenen Schaden an Vermögen

Der entstandene Schaden besteht somit in dem dauernden Abgang der Parzelle  $\frac{139}{20}$  mit Wohnhaus,  $\frac{140}{20}$  mit Stallung,  $\frac{141}{20}$  reines Ackerland aus dem Bestandes meines Vermögens. Dies wirkt sich für mich um soviel schwerer aus weil mit dem Abgang vorgenannter Parzellen auch deren Nutzungswerte, (damals jährlich RM 1.850,-) verloren gingen. Diesen Nutzungswert hatte ich mir früher immer als zusätzliche Stütze meines Alters gedacht. Wäre ich 1934 nicht so rücksichtslos aus meinem Berufe verdrängt worden, so wäre es auch nie zu einem Verkauf gekommen. Ich hätte heute noch diesen Landbesitz und damit auch dessen Nutzungswert für meine Altersversorgung gehabt.

## 10. zur Höhe des Schadens an Vermögen

Versuche den Landbesitz käuflich zurückzuerwerben sind aussichtslos, weil die jetzige Besitzerin, Wwe Frau Minna Wendelborn sich nicht geneigt zeigt den Besitz wieder abzugeben. Es bleibt somit nur der Erwerb gleichwertigen Landbesitzes oder Entschädigung des Sachwertes der in Verlust geratenen Sache übrig.

Für die Feststellung der Höhe des Schadens, falls § 52 Abs. 2 maßgebend ist, wäre der Wiederbeschaffungswert im Zeitpunkt der Entscheidung unter Berücksichtigung des Wertes der Sache im Zeitpunkt der hier in Verlust geratenen Sache. Dr. Ing. Ernst Runge, Reg.Baumeister a.D. schreibt in Heft 27, 1953 der Bauwelt: "Einzig und allein die individuelle Bewertung jedes einzelnen Grundstücks kann zu einer brauchbaren Grundlage sowohl beim Verkauf als auch bei der Beleihung, besonders aber im Restitutionsverfahren führen."

Ich habe daher in Anlage 7 eine jederzeit nachprüfbare Preisschätzung beigelegt, aus der eine Zusammenstellung der Schätzungsermittlung hier wiedergegeben wird.

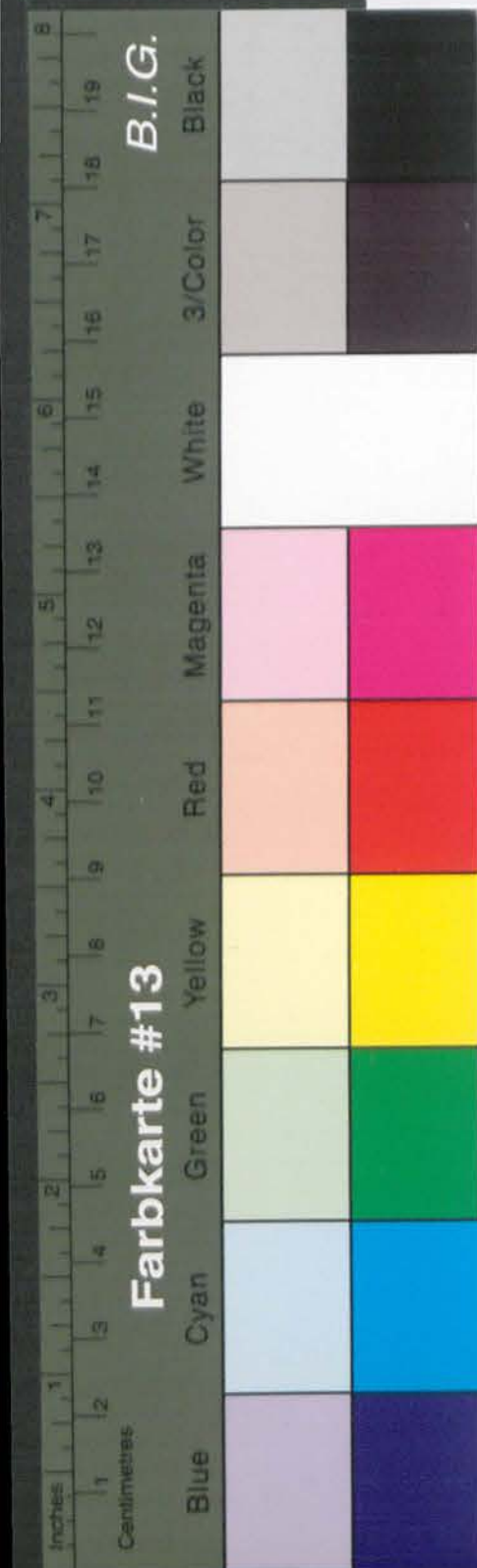
Pos. 19, Zusammenstellung der Ermittlungswerte für 1936			
Pps.	Kosten des Baugrundstücks Parzelle $\frac{139}{20}$		RM 1.540,-
	Preisindex 1914		
2	Kosten des Ackerlandes, 2 ha, 51a, 60 qm		" 6.542,-
	Preisindex 1936		
12.	Baukosten Einfamilienhaus		" 17.743,-
16.	Baukosten landwirtschaftl. Stallgebäude,		" 6.496,-
18.	Kosten der Außenanlage,		" 1.445,-
	ermittelter Gesamtsachwert		" 33.766,-
	Vom ermittelten Sachwert 1936 ist der erzielte Verkaufspreis im Verhältnis 10:2 = $\frac{20.000}{10} \cdot 2$		= 4.000,-
	in Abzug zu bringen.		
	verbleibt somit ermittelter Restsachwert (1936)		RM 29.766,-

Dieser Restsachwert wäre zur Zeit der Entscheidung mit dem dann gültigen Teuerungsindex abzustimmen.

## 11. Erläuterungen zum Wertverhältnis 10 : 2

Als Antragsteller bin ich der Ansicht, daß der aus dem Verkauf erzielt Erlös, der anstelle des sonst aus dem Berufseinkommen bestrittenen Lebensunterhaltes verbraucht wurde, nur im Verhältnis 10 : 2 auf den Wert der in Verlust geratenen Sache angerechnet werden darf. Dieses möchte ich um so mehr betonen, da meine Entschädigung wegen Verdrängung aus meinem Beruf vom 1.10.1934 bis zur Währungsreform nach § 11 BEG auch nur im Verhältnis 10 : 2 umgerechnet werden durfte. Sollte man diesen Gedanken außeracht lassen, so würde für mich zwangsweise eine doppelte Schädigung eintreten.





# Kreisarchiv Stormarn B2

33

9. zum entstandenen Schaden an Vermögen

Der entstandene Schaden besteht somit in dem dauernden Abgang der Parzelle 137 mit Wohnhaus, 140 mit Stallung, 141 reines Ackerland aus dem Bestandes meines Vermögens. Dies wirkt sich für mich um soviel schwerer aus, weil mit dem Abgang vorgenannter Parzellen auch deren Nutzungswerte (damals jährlich RM 1.850.--) verloren gingen. Diesen Nutzungswert hatte ich mir früher immer als wesentliche Stütze meines Alters gedacht. Wäre ich 1934 nicht so rückhaltlos aus meinem Heime verdrängt worden, so wäre es auch nie zu einem Verkauf gekommen. Ich hätte heute noch diesen Landbesitz und damit auch dessen Nutzungswert für meine Altersversorgung gehabt.

10. zur Höhe des Schadens an Vermögen

Vorherige den Landbesitz käuflich zur Erwerbung sind ausbleibend, weil die letzte Bestandsaufnahme, wie Frau Minna Wendtborn nicht ge- zeigt zeigt den Besitz wieder abzugeben. Es bleibt somit nur der Erwerb gleichwertigen Landbesitzes oder Entschädigung des Sachwertes der in Verlust geratenen Sache übrig.

Für die Feststellung der Höhe des Schadens, falls § 52 Abs. 2 maßgebend ist, wäre der Wiederbeschaffungswert im Zeitpunkt der Ent- scheidung unter Berücksichtigung des Wertes der Sache im Zeitpunkt der hier in Verlust geratenen Sache. Dr. Ing. Ernst Kunge, Reg. Baumrater a.D. schreibt in Heft 27, 1935 der Bauwelt: "Einzelne und allein die individuelle Bewertung jedes einzelnen Grundstücks kann zu einer unterschiedlichen Grundstücksbewertung sowohl beim Verkauf als auch bei der Beilegung, besonders aber im Restitutionsverfahren führen."

Ich habe daher in Anlage 7 eine jederzeit nachprüfbare Preis- schätzung beigefügt, aus der eine Zusammenfassung der Sachverhalte mittig hier wiedergegeben wird.

Für 1935 Zusammenfassung der Ermittlungswerte für 1935

Post.	Kosten des Hauptgrundstücks Parzelle 137	Preisindex 1934	Kosten des Ackerlandes, 2 ha, 51a, 60 da	Preisindex 1935
12.	RM 1.240.--			
13.	" 6.242.--			
14.	" 12.793.--			
15.	" 6.496.--			
16.	" 1.442.--			
17.	" 33.766.--			
18.				
19.				
20.				
21.				
22.				
23.				
24.				
25.				
26.				
27.				
28.				
29.				
30.				
31.				
32.				
33.				
34.				
35.				
36.				
37.				
38.				
39.				
40.				
41.				
42.				
43.				
44.				
45.				
46.				
47.				
48.				
49.				
50.				
51.				
52.				
53.				
54.				
55.				
56.				
57.				
58.				
59.				
60.				
61.				
62.				
63.				
64.				
65.				
66.				
67.				
68.				
69.				
70.				
71.				
72.				
73.				
74.				
75.				
76.				
77.				
78.				
79.				
80.				
81.				
82.				
83.				
84.				
85.				
86.				
87.				
88.				
89.				
90.				
91.				
92.				
93.				
94.				
95.				
96.				
97.				
98.				
99.				
100.				

in Abzug zu bringen.

Verkaufswert im Verhältnis 10:2 = 20.000 . 2

Vom ermittelten Sachwert 1935 ist der erzielte

ermittelte Gesamtsachwert

Kosten der Außenanlage

Baukosten landwirtschaftl. Stallgebäude

Baukosten Kleinfriedhof

Preisindex 1935

Preisindex 1934

Kosten des Hauptgrundstücks Parzelle 137

Für 1935 Zusammenfassung der Ermittlungswerte für 1935

Ich habe daher in Anlage 7 eine jederzeit nachprüfbare Preis- schätzung beigefügt, aus der eine Zusammenfassung der Sachverhalte mittig hier wiedergegeben wird.

11. Erläuterungen zum Wertverhältnis 10 : 2

Als Ansatzsteller bin ich der Ansicht, daß der aus dem Verkauf er- zeelte Erlös, der anteilig dem sonst aus dem Verkaufserlös bestim- menen Lebensunterhalt verbracht wurde, nur im Verhältnis 10 : 2 auf den Wert der in Verlust geratenen Sache angerechnet werden darf. Dieses möchte ich um so mehr betonen, da meine Entschädigung wegen Verdrängung aus meinem Beruf vom 1.10.1934 bis zur Währungsreform nach § 17 WVG auch nur im Verhältnis 10 : 2 umgerechnet werden durfte. Sollte aus diesen Gedanken anstandslos lassen, so würde für mich zweigeteilt eine doppelte Schädigung eintreten.

- 4 -

## 12. Zusammenfassend

habe ich in der vorangehenden Beweisführung versucht den von mir gestellten Antrag auf Entschädigung an Vermögen wie folgt zu be- gründen:

Mit der völligen Ausschaltung aus meinem Berufsleben war ich durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen in eine Notlage gedrängt, aus der ich mich nur retten konnte, wenn ich mich dem Druck der Verhältnisse beugend, eines meiner Grundstücke verkaufen würde, um mit dem Erlös meinen weiteren Lebensunterhalt zu bestreiten. Leider wurde es der für meine Altersversorgung gedachte Landbesitz. Ich sehe den Verkauf als eine Handlung an, die unter dem Druck der Ver- folgung vorgenommen wurde und nach § 9 Abs. 3 BEG - einem Entschä- digungsanspruch als Schaden an Vermögen nicht entgegensteht, zumal in einer angestrebten Entschädigung wegen Schadens im beruflichen Fortkommen durch Verdrängung aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit nur der Verlust aus meiner Berufstätigkeit als Architekt angestrebt wird.

Diesem Antrage werden beigefügt:

- Anlage 1 Abschrift des Teilbescheides zu W 1d - B 520 -
- Katasterkarte,
- Schreiben in Sachen Hypothek Westphal Wulfsfelde
- Grundbuchauszug Parz. 138 und Parzelle 137
- a. Kaufvertrag  
b. amtsgerichtliche Benachrichtigung über die Auflassung des 97 qm großen Trennstückes und der Grundstücks- umschreibung
- a. Schreiben der Kreissparkasse und Lösungsbe- willigung der Sicherungshypothek,  
b. Lösungsbestätigung
- Ermittlung der Grundstücksbewertung mit Grundriß als Beilage.

- 5 -

34





35

4. März 1957

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - Boye -

An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein  
K i e l

Da/Eh  
Aufgenommen und geschrieben  
von einem Blinden.

*Handwritten signature*

Betr.: Entschädigungsverfahren Johannes Boye, Zarpfen  
Az.: W 5 a - B.520

Boye hat bei mir noch den anliegenden Antrag auf Entschädigung nach dem BEG gestellt. Diese Unterlagen übersende ich mit der Bitte um Entscheidung.

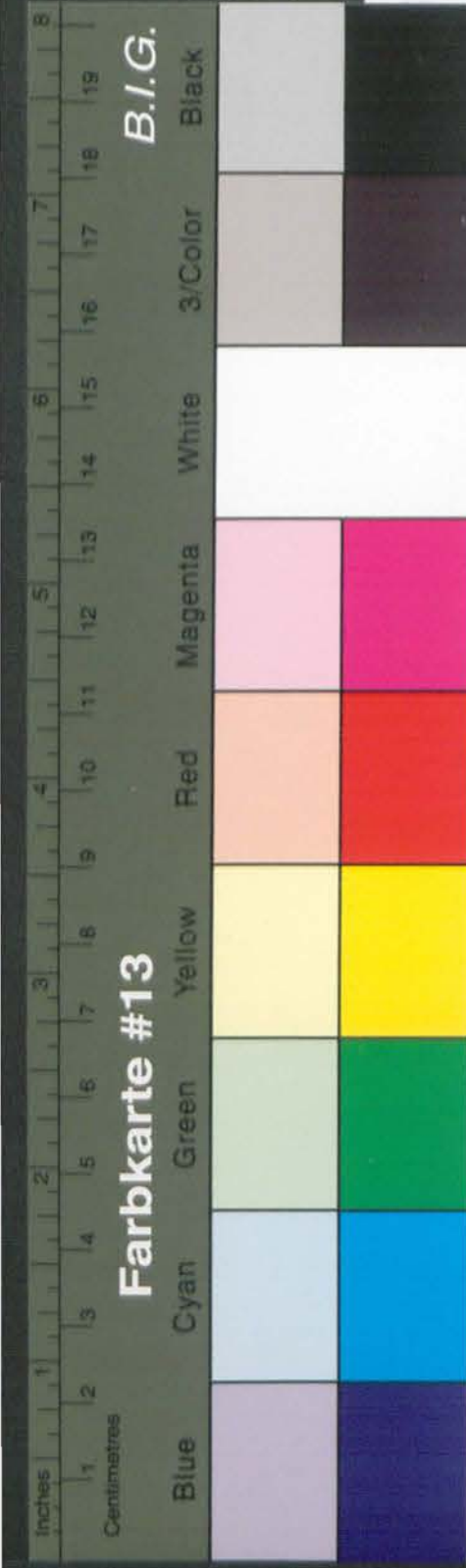
Im Auftrage:

15. Zusammenfassung

- 2 -

34





# Kreisarchiv Stormarn B2

